

Eingelaptes 7<sup>te</sup> Heft

Redaktion und Verwaltung  
Prag, II., Gaalitzgasse 34.

Telephone:  
Tagesredaktion: 6795.  
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 15. Oktober 1924.

Nr. 243.

## Eine Wehrreform?

Das Wehrgesetz der Tschechoslowakischen Republik vom 19. März 1920 enthält im Paragraph 1 die Bestimmung, daß seine Bestimmungen nur für die Uebergangszeit gelten, und derselbe Paragraph enthält auch das feierliche Versprechen: „Das Wehrsystem der Tschechoslowakischen Republik wird auf der Grundlage des Milizwesens aufgebaut werden.“ Seit dem Bestande des Staates sind sechs Jahre, seit der Geltung des Wehrgesetzes vierzehnhundert Jahre verstrichen, eine Frist, die als lange genug für eine „Uebergangszeit“ angesehen werden kann und die zumindest Raum genug bei für die notwendigen Vorbereitungen zur Erfüllung des gesetzlich festgelegten Versprechens auf Einführung des Milizsystems an Stelle des stehenden Heeres.

Es geschah wohl mit Rücksicht auf das Provisorium der Wehrverfassung und die versprochene Miliz, wenn wiederholt und mitunter von sehr hohen Stellen im Staate beteuert wurde, es gäbe gar keinen Militarismus in der Tschechoslowakischen Republik. Anders sind solche Äußerungen nicht zu erklären, denn weder die Riffen des Staatsvoranschlags, noch die Zehntausende jährlich als Rekruten einrückenden jungen Leute, noch auch die immer umfangreicher werdende Garnitur an Flugzeugen und Geschützen kann man als Luftschmelzungen ansehen. Nein, der Militarismus sitzt bei uns auf festen Beinen, und wenn ihn etwas seinem verbliebenen österreichischen Vorgänger unterscheidet, so nur der auch verhältnismäßig größere und bessere Appetit, den er entwickelt. Fragt man nun, was bisher getan wurde, um das im Wehrgesetz gegebene Versprechen einzulösen, muß die Antwort lauten: Nichts! Der Militarismus, der einstens bei den jetzigen Machthabern wenig Vorliebe fand, hat sich, christlich bewillkommend, häuslich niedergelassen und der Effekt seines Hungers ist für die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte bedauerlicher als je vordem.

Wären nicht diese, den Staatshaushalt bedrückenden Erscheinungen, die, wie der sommerliche Staatsvoranschlag zeigen wird, eine immer engerer Einschränkung bei der Erfüllung der kulturellen und sozialen Aufgaben des Staates notwendig machen, so wäre die Liebe zu den nun rot-weiß-blauen Militarismus noch größer und die Machtklassen dächten nicht daran, an dem Wehrsystem etwas zu reformieren. Von einer Einführung der Miliz ist überhaupt keine Rede. Von den tschechischen Politikern ist es am ehesten noch der Senator Křofaš, der sich wenigstens gelegentlich mit der Milizfrage befaßt. Wie zu lesen ist, will er in einigen Wochen sogar einige Initiativentwürfe fertigstellen, die auf eine Beseitigung des bisherigen Kasernen- und Edukationssystems aus dem Organisationsaufbau der Armee hinauslaufen, welche Anträge er dem Präsidenten der Republik und dem Parlamente vorzulegen beabsichtigt. Udrzal, der Herr Nationalverteidigungsminister selbst, hat sich als Gegner des Milizsystems bekannt. Er hat irgend einmal bei irgendwelchen schweizerischen Offizieren Anträge halten lassen, wie sich dort die Miliz bewährt habe und da die Anträge wohl nur solche Offiziere sich auswirkten, die im preussisch-deutschen Militarismus das erstrebenswerte Vorbild sehen, so waren die Auskünfte die denkbar ungünstigsten, worauf Herr Udrzal prompt verächtliche, mit der Einführung des Milizsystems wäre es nichts, da die Miliz keine Gewähr für die Sicherung der Wehrhaftigkeit des Staates bilden würde. Die Untergrabung der Wehrhaftigkeit des Staates, das ist derselbe Popanz, mit dem man seit jeher die Gedankenlosen jähredete und der auch hier dazu dient, die Rüstungsausgaben, mögen sie noch so unerträglich sein, zu rechtfertigen.

Gleichzeitig mit der Meldung über die augenblickliche Aktion Křofaš kommt die andere: auch die tschechischen Sozial-

## Der Streit in der Porzellanindustrie.

Die ersten Verhandlungen.

Karlsbad, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Im Auftrage des Ministeriums für soziale Fürsorge hat die politische Bezirksverwaltung in Karlsbad die Vertreter der Porzellanindustrie und der Porzellanarbeiter für Dienstag, den 14. Oktober nachmittags zwei Uhr zu einer Besprechung eingeladen, zu der beide Organisationen ihre Vertreter entsendeten hatten. Den Vorsitz führte Ministerialrat Dr. Fiedler, für das Gewerbeinspektorat Karlsbad war der Regierungsrat Schupp anwesend. Den Streikpunkt bildete nach wie vor die Tatsache, daß sich die Unternehmer zu einer generellen Lohnreduzierung vollständig ablehnend verhalten. Die Vertreter der Arbeiter haben zur Regelung der Lohnfrage einen neuerlichen Vorschlag überreicht, zu welchem die Arbeitgeber die Erklärung abgaben, daß sie denselben ihrer engeren Exekutiv zur Beschlußfassung vorlegen müssen. In dieser Sitzung wird darüber entschieden werden, ob die

weiteren Verhandlungen direkt weiterzuführen sind oder ob die Vorschläge einer Plenarversammlung im Arbeitgeberverband vorgelegt werden. Die Einladung wird dem Vorstand des Keramikarbeiterverbandes bis Samstag, den 18. Oktober übermittleit werden. Von dieser Beschlußfassung ist sowohl die politische Bezirksverwaltung als auch das Gewerbeinspektorat in Karlsbad zu verständigen.

Der neue Vorschlag der Arbeiter geht nach der Richtung, daß die zu gewährenden Lohnreduzierungen im Sinne des seinerzeitigen Lohnabbaues in den verschiedenen Verdienstgruppen wieder aufgebaut werden. Die Arbeiterchaft wird aus der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes erkennen müssen, daß sie sich auf einen sehr harten Lohnkampf gefaßt machen müssen. Der Streit ist daher in allen seinen bisherigen Formen aufrecht zu erhalten und weiterzuführen.

## Siegeszuversicht Macdonalds.

Macdonalds Agitationsreise. — Die bürgerlichen Wahlkompromisse.

London, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Die Agitationsreise, die Macdonald heute von Glasgow aus im Automobil beabsichtigt und die ihn in vier Tagen durch den industriellen Norden bis nach seinem Wahlkreis Aberavon in Wales führen wird, gleicht einem Siegeszug. Auf dem Wege stehen meilenlang Frauen und Kinder, rote Fahnen schwenkend. Während seiner Reise hielt Macdonald von seinem Auto aus alle zehn Minuten eine Ansprache, wobei er besonders auf die liberal-konserverativen Vereinbarungen über gemeinsame Kandidatenaufstellung Bezug nahm. Der Grundgedanke seiner kurzen Ansprachen war:

Je mehr sich die Gegner einigen, desto größer wird der Sieg der Arbeiterpartei werden.

Die liberale Partei eröffnete heute ihren Wahlfeldzug in London mit einer Kundgebung in der Versammlung, in der Asquith und Lloyd George das Parteiprogramm darlegten. Asquith behauptete, die Regierung nehme Neuwahlen unter dem unzulänglichsten und unaufsichtlichen Vorwande vor; der Fall Lambell werde Fragen von ernster konstitutioneller Bedeutung auf.

London, 14. Oktober. (M.) Immer mehr gelangen bei den Konservativen und Liberalen die Vermählungen zur Geltung, in den einzelnen Wahlkreisen nur einen einzigen Kandidaten gegen den Mandat der Arbeiterpartei aufzustellen. Nur in einigen hervorstechenden Bezirken, wie z. B. in einem großen Teile Londons und Manchester werden die Liberalen und Konservativen selbständig in die Wahlen gehen. Im westlichen

demokraten bereiten einen Antrag auf eine Reform der tschechoslowakischen Wehrverfassung vor. In der Sonntagsnummer des „Pravo Lidu“ hat der tschechisch-sozialdemokratische Abgeordnete Hummelhans darüber einen vorbereitenden Artikel veröffentlicht, in dem er manchen guten Gedanken entwickelt. Er führt aus, die Welt kämpfe um die Grundzüge des allgemeinen Friedens und um die Geltendmachung des Prinzips einer neuen Art der Regelung internationaler Streitigkeiten, wie sie auch um die Abrüstung bemüht sei. Diese durch die Welt gehenden Intentionen ins Leben zu übertragen und in die Praxis der einzelnen Länder, liege im Aufgabenkreise der Sozialdemokratie, denn der allgemeine Friede sei ein Programmprinzip ihrer politischen Mission. Die Völker der ganzen Welt erklären den Krieg als ein Verbrechen, die militaristischen Armeen als ein Instrument der Macht gegenüber den Unterjochten, die Rüstungen als eine Mißjahre der Armut der Massen. Es sei notwendig, alles zu bewerkstelligen, was den dauernden Frieden, die hauptsächlichste Voraussetzung für den Fortschritt, stören kann. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie erfülle daher nur ihre Pflicht, wenn sie in der nächsten Session der gesetzgebenden Körperschaften auf dem Boden des Parlaments die Frage der Revisoren der Wehrverfassung bringen wird, denn die Zeit habe hier, wie auch anderwärts, die wesentlichen Voraussetzungen der Grundzüge der Wehrmacht verändert, wie sie maßgebend waren bei ihrer Schaffung im Jahre 1919. Die Anträge, welche die tschechischen Sozialdemokraten zu stellen beabsichtigen, sollen eine Verkürzung der militärischen

Dienstpflicht, eine Herabsetzung des Wehrkontingents und eine Dekontamination der Armee erstreben. Es sei zu erwarten, die militärische Hierarchie und die herrschenden Kreise werden diese Anregungen mit Mißbehagen aufnehmen, aber die Partei handle in der Ueberzeugung, daß ihre Anschauung die Zustimmung der großen Mehrheit der Bewohner des Staates finden werde.

Für die Aussichten des Milizsystems ist es nicht sehr erfreulich, wenn die Meinung besteht, daß sogar eine so beiseitende Reform der Wehrverfassung auf den Widerstand der herrschenden Klassen und der militärischen Hierarchie stoßen wird. Es gibt also doch eine militärische Hierarchie, obwohl vor nicht zu langer Zeit noch behauptet werden konnte, daß es nicht einmal einen Militarismus gäbe! Dieser Militarismus soll in seiner Machtvolle und Schädlichkeit für die Staatsfinanzen etwas zugeführt werden, an dem System selbst soll nichts geändert werden. Diese Aenderung wird wohl erst kommen, wenn sich die Grundlagen der imperialistischen Politik im Innern des Staates verändert haben werden. Wer an diesen Grundlagen festhält, muß notwendigerweise auch Gegner einer Beseitigung des stehenden Heeres und der Einführung des Milizsystems sein. Daß die Durchführung der von den tschechischen Sozialdemokraten beabsichtigten Anträge immerhin ein Fortschritt wäre, braucht nicht erst gesagt zu werden. Leicht wird auch die Durchführung dieser Reformen nicht sein, dafür wird eben die belagerte militärische Hierarchie und der militaristische Sinn der Besitzklassen sorgen!

Schottland werden in allen fünfzehn Wahlbezirken von Glasgow gegen die Arbeiterkandidaten nur je ein Kandidat der Opposition aufgestellt werden, und zwar bezogen Konservativen und zwei Liberale. In Paisley wird Asquith, der Führer der Liberalen, als einziger Kandidat aufgestellt, da die Konservativen zurückgetreten sind. In Bristol wurde eine ähnliche Anordnung getroffen, so daß in allen fünf Wahlkreisen gegen jeden Arbeiterkandidaten nur ein Kandidat der beiden Gegenparteien stehen wird; auch in Norwich werden nur zwei Kandidaten aufgestellt. Dessen ungeachtet wird aber behauptet, daß die Konservativen 500 Kandidaten für die Wahlen stellen werden.

## Die deutsche Anleihe in Amerika überzeichnet.

Berlin, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Wie zu erwarten war, wurde in New York die deutsche Anleihe im Betrage von 110 Millionen Dollars in kurzer Zeit überzeichnet, so daß die Zeichnungen zwölf Minuten nach Eröffnung geschlossen werden mußten. Die Nachfrage nach der deutschen Anleihe war so groß, daß einige bedeutende Firmen, die Zeichnungstellen waren, sich gezwungen sahen, jede weitere Zeichnung abzulehnen, weil der auf sie entfallende Anteil bereits verkauft war. An der Fondsbörse wurden bereits annähernd 300.000 Dollars dieser Anleihe zu 94% bis 92% Prozent umgesetzt.

## Die Konferenz der Nachfolgestaaten in Rom.

Wien, 14. Oktober. Die „Neue Zeit“ meldet aus Rom, daß die neue Konferenz der Nachfolgestaaten, die gegen Ende d. M. auf italienische Initiative nach Rom einberufen worden ist, als Fortsetzung der letzten Konferenz von Rom gedacht ist. Die neue Konferenz werde sich hauptsächlich mit rechtlich-wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, die in der Zwischenzeit aktuell geworden sind.

## Verbot einer öffentlichen „Feier“.

Berlin, 14. Oktober. Wie die Blätter berichten, hat der preussische Minister des Innern Severing die für nächsten Sonntag von den vereinigten Vaterländischen Verbänden in Potsdam geplante Feier zum Andenken der Völkerschlacht von Leipzig verboten.

## Verurteilte Hochbaderbanditen.

Breslau, 14. Oktober. (Wolff.) Das Schwurgericht Breslau fällte gestern über die Hochbaderbanden, welche befaßtlich den Zigarrenhändler Herrmann in seiner Wohnung ermordet hatten, das Urteil. Sämtliche Angeklagte wurden unter Verlesung mildernder Umstände für schuldig erklärt. Die Angeklagten Mayer und Gebauer erhielten je sieben Jahre Zuchthaus, die beiden anderen je fünf Jahre und drei Monate.

## Ein deutsch-polnischer Handelsvertrag.

Berlin, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Da am 10. Jänner 1925 auch für Polen die im Versailler Vertrag vorgesehene Meistbegünstigungsklausel wegfällt, drängt Polen darauf, so bald als möglich mit Deutschland ein handelspolitisches Abkommen zu schließen. Die offiziellen Verhandlungen werden anfangs November beginnen und in Warschau und Berlin stattfinden. Es wird sich dabei nur um den Abschluß eines kurzfristigen Abkommens handeln, da infolge der zahlreichen wirtschaftlichen Verhandlungen die Zahl der hierzu bestimmten deutschen Beamten nicht hinreicht, um das für ein Definitivum nötige Material zu verarbeiten.

## Demission des schwedischen Kabinetts.

Stockholm, 14. Oktober. Das Kabinett Trygger hat seine Demission eingewechselt. Der König ersuchte die Mitglieder des Kabinetts, vorläufig die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

## Eine neue Sowjetrepublik.

Moskau, 14. Oktober. (Moska.) Der Zentral-Exekutivkomitee der ukrainischen Sowjetrepublik beschloß einstimmig, daß im Rahmen der ukrainischen Sowjetrepublik eine autonome Republik Kowdan gebildet werden soll. Die Grenze wird eine aus ukrainischen und moldauischen Vertretern zusammengesetzte Kommission festsetzen.

# Eine Bildungsstätte des Proletariats.

## Vier Jahre Brüner Volkshochschule.

Der erste ausführliche Tätigkeitsbericht der Brüner Volkshochschule, den deren Leiter, Dr. Hugo Altis, gelegentlich des eben beginnenden Herbstsemesters vorlegt, erzählt auf wenigen Seiten von emsiger, rastloser Arbeit, von Zielwillen und Idealismus, vom Bildungshunger immer wachsender, treu zu der Schule stehender Scharen und, wie sich das bei jeder wahrhaft dem Volke dienenden Sache von selbst versteht, von Widerständen, Rücken und Lücken der oberen Zehntausend.

Schon die Gründungsgeschichte des Unternehmens liefert ein lehrreiches Beispiel für die Tendenzen, die gegenwärtig das gebildete, nein, das „allergebildetste“ deutsche Bürgertum beherrschen. Als der jetzige Leiter und Dozent der technischen Hochschule in Brünn, Dr. Altis, seine Amtsgenossen vom Professoren-Kollegium der Technik ersuchte, ein an das Schulministerium gerichtetes Gesuch um Subventionierung zu unterstützen, da er die Volkshochschulen in Deutschland und Dänemark studieren und nach deren Muster eine Volksbildungsstätte in Brünn errichten wolle, sagten die Herren Professoren kurz und schroff „nein“. Sie erklärten, wie der höhnische Brief des Rektors Dastinger vom 24. Juni 1920 erklärt, im Studium an Volkshochschulen „keine Förderung der wissenschaftlichen Tätigkeit“ eines Dozenten und wollten in Pausen und Pögen von Volkshochschulen überhaupt nichts wissen. Diese modernen Akademiker machen eben den Wimpf der ehemaligen Liberalen, die wenigstens so taten, als ob ihnen an Volksbildung und Aufklärung etwas läge, nicht mehr mit: Das „Volk“ ist durch Unterricht und Wissen so wie so schon zu anspruchsvoll geworden, läuft hinter Marx und den Sozis her und glaubt nicht mehr an die göttgewollte Heberlegenheit der Doktores und Professores, sentimentale Pfaffen sind solchem Rad gegenüber nicht am Platz; es soll, auf daß es notdürftig im Gehorsam verharren, so ungebildet bleiben, wie es ist! In der richtigen Konsequenz dieser oder ähnlicher edlen Erwägungen verweigerte denn auch das Professoren-Kollegium, als d. Volkshochschule trotzdem ins Leben trat, dem jungen Unternehmen die Räume der Technik, die abends dunkel und unbewohnt daliegen, und wie sehr sich auch seither Hörer und Lehrer im deutschen Ohmniafium, das notdürftige Unterkommen bot, drängen mochten, wie sehr der Raumangel jetzt Wachstum und Ausgestaltung erschwert, ja gefährdet: die deutsche Technik Brünn weiß, was sie sich und dem reaktionären bürgerlichen Müngel schuldig ist, und verlagert weiter die Gastfreundschaft. Der Erfolg dieses Druckes freilich darf die Gedrücktten weit mehr freuen als die Trückerden. Erzeugte doch der Widerstand in den Betroffenen die Energie, einen eigenen Hausbau zu gründen, und nach kaum zwei Jahren liegen schon rund 150.000 K vor und harren ihrer Bestimmung. Wie lange noch, dann wird sich, aus eigener Kraft geschaffen, in Brünn ein Volkshochschulheim mit Laboratorium, Werkstätten, Vortrags-, Lichtbilder- und Kinofallen, mit Bücherei und Lesezimmer erheben und, allen sichtbar, dafür zeugen, daß die wertvolle Klasse den Wert und die Bedeutung des Wissens zu schätzen weiß und alles daran setzt, sich mit Erkenntnissen zu erfüllen!

Man darf den Brünern die Anerkennung zollen, daß viele von ihnen vom Anfang an den Plan des Gründers richtig gewürdigt und ihm ihre ganze Tatkraft gewidmet haben. Sofort stellten sich die „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“ und der Zentralverband der kaufmännischen Angestellten

# Wieder einmal ein Umfall.

## Das Zentrum plötzlich für eine Rechtsregierung. — Die Entscheidung bei den Demokraten.

Berlin, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Die Reichstagsfraktion des Zentrums hatte heute nachmittags nach dreistündiger Beratung einen Beschluß gefaßt, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage die bestehende Regierung beizubehalten sei. Die Demokraten forderten daraufhin den Reichstanzler auf, weitere ausschließliche Verhandlungen über eine Aenderung der Regierung nicht mehr zu führen und vom Reichstage zu verlangen, daß er der Regierung ermögliche, die Außenpolitik fortzusetzen und zum Ziele zu führen, die sie zur Befreiung deutschen Landes und zur Ausrichtung der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet hat.

Runmehr hatte man von der Volkspartei erwartet, daß sie aus der Regierung auscheiden werde, wie sie das angebrocht hatte, wenn der Bürgerblock nicht zustande kommen sollte. Aber das ist nicht geschehen. Die volks parteiliche Fraktion faßte lediglich einen Beschluß, in dem die Fortführung der bisherigen Koalitionsregierung praktisch für unmöglich erklärt wird. Wenn sich daraus eine neue Krise erhebe, die zur Auflösung des Reichstages führe, so treffe die Volkspartei keine Schuld. Darnach sagte wiederum die Zentrumskfraktion die in später Nachtstunden ihren ursprünglichen Beschluß folgend abänderte: Nachdem die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung, die das Zentrum einstimmig erwünscht hat, abgelehnt wurde, erklärt die Zentrumskfraktion ihre Bereitwilligkeit, einer Erweiterung der Regierung nach rechts auf dem Boden der von Reichstanzler aufgestellten Richtlinien zuzustimmen, falls die Demokraten auch in der Regierung verbleiben.

Die Demokraten werden morgen um 3 Uhr nachmittags eine Fraktionsführung abhalten.

Man erwartet jedoch allgemein, daß das Ein und Herz der Verhandlungen mit der Auflösung des Reichstages enden wird.

## Defterreich bedankt sich für Hitler.

München, 14. Oktober. Die bayerische Regierung ist von der österreichischen Regierung verständig worden, daß das österreichische Bundeskanzleramt die österreichische Staatsbürgerschaft Hitlers nicht mehr anerkennt. Das Bundeskanzleramt hat an alle Grenzbehörden die Weisung ergehen lassen, Hitler den Hebertritt zu verwehren und ihn, falls er in Defterreich angetroffen werden sollte, zu internieren.

Ich hinter ihn, der von den Hörern delegierte Hörrat leistete ein großes Stück aufbauender und organisatorischer Arbeit und fand sich mit den Vertretern des Lehrkörpers in dem Bestreben zusammen, aus Schülern und Vortragenden einen einheitlichen, lebendigen Körper zu schaffen. Ist dieser Organismusgedanke das Geheimnis jedes Unterrichtes, so sieht und fällt der Erwachsene nicht unterrichtet mit ihm erst recht. Der reife Mensch kennt keine andere Autorität als die der Persönlichkeit, er will nicht gehorchen, sondern begreifen und beide Forderungen sind nur in einer Lehr- und Lerngemeinschaft erfüllbar. Sie ist denn auch die Grundlage der vielen — fast vierhundert — Vortragsreihen gewesen, die durchschnittlich je gekoständig, während der bisherigen elf Trimester an den Hörern vorübergezogen sind und die fruchtbarste Arbeit geleistet haben, das Bildungsbedürfnis zu wecken, zu vertiefen und zu befriedigen. Die zweite prinzipielle Grundlage wurde von der Erwägung geliefert, daß ein systemloses Aunterbunt von Kursen keinen Zweck habe, sondern daß sich im Lauf der Zeit mehrere Reihen immer zu einer höheren, beim Elementaren beginnenden und ins Kompliziertere aufsteigenden Einheit verbinden müßten. Das machte eine wohl durchdachte, alle Interessen des menschlichen Geistes, alle Forderungen des Lebens einbeziehende Stoffverteilung notwendig und der Nachprüfende muß zugestehen, daß diese wohl gegliedert ist. Die literarische, philosophische, historische-geographische, volkswirtschaftliche, mathematisch-naturwissenschaftliche, medizinische und technische Abteilungen schöpften den Themenkreis ihrer Gebiete nach allen Seiten hin fruchtbar aus und ebenso reich wurden die bildenden Künste, rhythmische Gymnastik und Musik be-

## Brotpreis und Index in Wien.

Wien, 14. Oktober. (Eigenbericht.) Zwischen der Indexkommission und der Regierung ist ein Konflikt ausgebrochen. Da die Regierung durch die Verschleppung der Brotpreisfestsetzung den Index offenbar drücken will, hat die Kommission heute die Berechnung des Index vorläufig auf Donnerstag verschoben, um nicht unter dem Druck der Regierung einen gefälschten Index berechnen zu müssen.

docht, auch praktische Bedürfnisse wie Sprachenkennnisse, Stenographie u. dgl. gebührend berücksichtigt.

Die besondere Eigentümlichkeit des Erwachsenenunterrichtes, daß er mehr allgemeine Kenntnisse des betreffenden Gebietes geben und in dessen Studium einführen will, aber darauf verzichten muß, die von Berufarbeit ermüdeten Hörer zu Spezialisten und Fachgelehrten zu erziehen, kommt bei zehnstündigen Kursreihen durchaus zu ihrem Recht, indem sich hier ein Zwielf von selbst verbietet, die Oberflächlichkeit von Einzelvorträgen aber doch schon vermieden werden kann. Auch können solche kurze Reihen, von denen beispielsweise im kommenden zwölften Trimester 61 neben einander laufen sollen, am leichtesten dem Umstand Rechnung tragen, daß der Hörerstand von Volkshochschulen in ununterbrochenem Wechsel begriffen ist, daß also neben fortgeschrittenen auch fortwährend Anfänger zuströmen: die einen wie die anderen finden die für sie passende geistige Kost. In der richtigen Erkenntnis, daß eine gute Schule allen Trägern muß, wurden in Brünn die Vorträge durch zahlreiche Exkursionen ins Freie ergänzt, einige große Reisen eröffneten Einblicke in die weite Welt, der Besuche des künstlerischen Sinnes galtten Konzerie, Vorlesungen, feistliche Veranstaltungen, Sprechstunde und Akademien, bedeutende Dichter, Gelehrte und Soziologen kamen zu Wort und, damit die gesprochene Rede durch das Buch vertieft werde, wurde eine heute schon über dreitausend Bände zählende Bibliothek angelegt.

Der schöpferischen Arbeit, die in Plan und

Ausführung der Brüner Volkshochschule zum Ausdruck kommt, dankte der erhebende Widerrhall im Publikum. Das erste Trimester vereinigte 840, das dritte 1125, das neunte bereits 1562 Hörer, davon 640 Männer und 920 Frauen. Das ergibt, an der deutschen Gesamtbevölkerung Groß-Brünn gemessen, 2,6 oder im Verhältnis zur Wählerzahl gar 5,6 Prozent. Was diese Zahlen bedeuten, kann man erst beurteilen, wenn man erwägt, daß im bildungsbesessenen Wien nur ein halbes Prozent der Bevölkerung die Volksheime besucht. Den Verufen nach waren von den 1562 Hörern des neunten Trimesters 173 (männlich) + 47 (weiblich) Arbeiter, 216 + 305 Privatangestellte, 78 + 115 öffentliche Angestellte, 0 + 385 Private, 123 + 68 Studierende und 37 + 5 Selbständige. In Prozenten ausgedrückt, beteiligten sich an den Vorträgen in sämtlichen Trimestern 12,6 Proz. Arbeiter, 34,3 Proz. Privat- und 11,7 Proz. öffentliche Angestellte, 26 Prozent Private (fast durchgehends Frauen), 12,2 Proz. Studierende und 3,2 Proz. Selbständige. Dem Alter nach stellten das Hauptkontingent (42,2 Proz.) die Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren, Hörer zwischen 25 und 30 Jahren gab es durchschnittlich 16,6 Proz., zwischen 30 und 40: 16,4 Proz. und über 40 Jahre 14,9 Proz. Wenn wir die Gesamtzahl der Hörer (11.691) mit der Anzahl der Stunden (4995) multiplizieren, erhalten wir die imposante Ziffer von 251.325 belegten Vortragsstunden. d. h., daß in einer mehr als Viertelmillion von Stunden bildender Einfluß ausgeübt wurde.

Die hier angeführten Zahlen sind noch mehreren Seiten lehrreich. Sie berichten uns, welche Volkskategorien der allgemeinen Bildungsarbeit am meisten zugänglich sind, und zeigen, daß die Frauen, größtenteils aus Zeitgründen, weitaus an der Spitze marschieren. Was sonst noch an allgemeinen Erkenntnissen den Brüner Erfahrungen zu entnehmen ist, führt der Leiter, Dr. Altis, in seinem auch an prinzipiellen Erwägungen, methodischen Winken und geschichtlichen Ausblicken reichen Tätigkeitsbericht so kurz, klar und treffend aus, daß jeder Bildungs- und Volkshochschul-Funktionär daraus viel bleibenden Gewinn ziehen kann. Uns erübrigt hier, aus dem vorgelegten Tatsachenmaterial den Schluß zu ziehen, daß Leitung, Hörrat und Lehrkörper, allen voran die unermüdeten Vortragenden Prof. J. Gajdecza, H. Mayer, Dr. Altis, Dr. Glind, Dr. Bretholz und Dr. Donath, das Problem der Erwachsenen-erziehung: sich auf den Wissensstand, die Erfahrungen und die weltanschauliche Gesinnung der Hörer trefflicher einzustellen, richtig angepaßt und glänzend gelöst haben. Nur wer den Aufschlag der Zeit, wer den sozialen Willen der Massen mit offenen Sinnen und reiner Hingabe befaßt, wer nicht neutral im Sinne klassenmäßiger Verfälschung, sondern wirklich voraussetzungslos objektiv ist, kann, gleich den Brünern, die werktätige Bevölkerung als treue, verheißungsvoll wachsende Gemeinde um sich sammeln, kann bei den Gewerkschaften, bei den Arbeiterlosen und den Soldaten in der Kaserne gleich starken Anhang finden und darf es versuchen, in besonderen Frauen- und Jugendkursen den Interessentkreis immer weiter, immer zukunftsreicher zu spannen. Wohl wird hier nicht Parteilichkeit geübt, wofern man als solche bloß die Agitation für die Partei gelten lassen will, aber was die Partei mit allen Mitteln täuscht, worauf ihr Heil und ihre ganze Sienesu-eracht beruht, das erzieht die Brüner Volkshochschule: Klarlichtige, wissende, die Kräfte der Gesellschaft, der Natur und der Kunst immer tiefer erkennende Menschen. Nur die sind fähig, die heutige Welt des Zufalls in jene von morgen zu verwandeln, die das Notwendige als notwendig erkannt und deshalb auch will, und deshalb treuen wir uns des Erfolges der Brüner Volkshochschule beim Proletariat und wünschen ihnen Gediegen und Wachstum für alle Zukunft. K.

# Der sibirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

Im selben Augenblick geschah etwas. Der Nieß glitt vom Stuhl herab und legte sich zu Jakob Hockis Füßen auf den Boden. Jakob Hockis schrie vor Entsetzen laut auf, aber verstummt jaß.

Denn plötzlich sah er, was er schon längst hätte sehen können. Er hatte einen roten Mann aufgeföhert, sich zu ergeben. Der Mann, der vor ihm auf dem Fußboden lag, war mauzetot.

Ja, mauzetot. Wie das? Vermutlich von einer Kugel aus dem Revolver des Sammetmanns getroffen und an innerer Verblutung gestorben.

Der Wächter des goldenen Schates war tot! Es wurde klarer und klarer, daß höhere Mächte Jakob Hockis den Weg bahnten.

In dem Saal mit dem Erdglobus war kein Mensch zu sehen. Er zog die Tür hinter sich zu — verperrten sich sie nicht mehr — und begann seine Untersuchungen. Sie waren sofort von Erfolg gekrönt. Unter dem Globus fand er ein Häufchen Goldmünzen. Er steckte sie ein, vor Befriedigung lichernd. Aber wo waren sie hergekommen? Er hob den Blick und sah ein Wägelchen, das an dem sonderbaren Eisenbügel, der um den Globus hing, befestigt war. In diesem Wagen lag ein schwarzes Stofftäschchen, dessen Anblick ihn erbeben ließ. Er erkannte eine Leier, die wie auf Bestellung da stand. Er bestieg den Wagen. Der bot einen herrlichen Anblick: drei Tische voll gelber runder Dinger. Er schrie vor Triumph laut auf. Er begrub die Finger in den gelben Münzen; er biß hinein; Gold, Gold! Er steckte die Tische ein, die seine Taschen anschwellen ließen, und sah sich nach mehr um. In Reichweite winkte noch mehr.

Über seinem Kopf sah er auf dem Globus Afrikas gelbe Kontinente; Afrikas Erde hatte sich aufgetan; in der Provinz, die man die Goldküste nennt, stand eine Nische offen, und in dieser Nische lehnten vier Stoffsäcke voll Gold. Mehr war nicht da; links lag der unfruchtbare Ozean; er drehte ihm den Rücken und begann das Wägelchen die Schienen entlang zu ziehen. Er fand nicht mehr Gold in Afrika; er verließ den Weltteil d. Schwarzen und zog über die Meere. Indien brachte Belohnung viele Stoffsäcke glommen in einer Nische, Gollfonda bezeichnet; er sprach laut zu sich selbst wie ein Trunkener, steckte sie zu sich und tastete weiter den Schienen entlang, von Gold gebläht wie Pfaffen. Nach Kalifornien gekommen, fand er eine neue Nische und füllte sich zum Uebermaß mit neuen Stofftäschchen; er konnte nicht mehr unterbringen, aber er stopfte immer mehr zu sich, bis er einem Aktus glich, der in der Frühlingssonne nach allen Seiten Anstehen treibt. Dies war Glück, dies war Größe, dies war der Plan des Ewigigen mit Jakob Hockis. Er vergaß sich am Globus festzuhalten, plötzlich rutschte er die Schienen entlang; er sah grüne Inseln und blaue Meere vorbeischießen und blieb schwankend unterhalb von Westafrika stehen.

Unter ihm stand ein Mann im Automantel. Es war der Narr.

X.

Jakob Hockis erwachte aus seinem Rausch. „Schauen Sie, daß Sie weiterkommen“, stammelte er. „Sie sind bei der Polizei angezeigt! Wenn Sie nicht gehen, wenn Sie nicht gehen, wenn Sie nicht gehen —“

„Ge-ge-gehen!“ jagte der Narr. „Was machen Sie im sibirischen Expreß? Haben Sie ein Viset?“

„Wenn Sie nicht gehen, erschie—schieße ich Sie!“ rief Jakob Hockis.

Sein Revolver beschrieb Kreise in der Luft.

„Wie eigentümlich Sie aussehen“, sagte der Narr. „Sie sind ja voll von Auswüchsen. Sie sehen aus, als gedächten Sie sich durch jungfräuliche Weiber fortzuzupfen. Ist dem so?“

„Beim lebendigen Gott, ich schie—schieße Sie tot! Zehen Sie den Mann dort drüben an! Den hab' ich getötet!“

„Haben Sie Goldschmiede getötet? Ich fange an, Kiepekt vor Ihnen zu bekommen. Das war kein Kliden. Haben vielleicht auch Sie die Metalltür eingeschlagen?“

„Ja, ja, das war ich. Zehen Sie sonst sch—schieße ich!“

„Halten Sie den Revolver still, wenn Sie das tun wollen. Haben wirklich Sie die Tür eingeschlagen? Das hätte ich Ihnen gar nicht zugeraut. Dann sind Sie ja ein wahrer Herkules. Und — was sehe ich da? was sehe ich? — nicht genug, daß Sie stark sind. Sie sind ebenso listig wie stark! Glück ich das Land, das solche Söhne gebiert. Sie haben meine Million gefunden, die kein anderer finden konnte! Sahahabaha! Ja so, das waren Ihre Auswüchse! Sahaha! Ich bin überlistet von Jakob Hockis! Ah-habaha!“

Jakob Hockis drückte den Bahn, einmal, zweimal ohne die Kraft aufzubringen, abzudrücken. Aber das dritte Mal gelang es. Eine Kugel verließ den Revolver. Nur durch ein Wunder unterließ sie es, Herrn Hockis des Gebrauchs des rechten Fußes zu berauben. Er starre den Revolver wild an und hob ihn wieder. Aber bevor er noch abdrücken konnte, war der Narr zur Wand geeilt und hatte einen Kontakt eingeschaltet. Zu Herrn Hockis unbefruchtlichem Entsetzen begann der sibirische Expreß mit einem leisen Summen über die Schienen zu gleiten, er passierte mit wachsender Geschwindigkeit Zentralafrika und verschwand um die Ecke von Sansibar. Als Herr Hockis an der Mäße von Südamerika wieder zum Vorschein kam, hatte er die größte Mühe, sich im Wagen zu halten. Er verschwand wieder via San-

sibar und zeigte sich mit der Geschwindigkeit eines Pfeils in der Nähe des Amazonasflusses. In seinem Anblick war wildes Entsetzen geschrieben. Krummgebogen stand er da und klammerte sich mit beiden Händen an das vordere Ende des Wagens fest; er glich einem Jodel, der sich im Sattel erhoben hat und sein Pferd zu gewaltsamen Ausstrebungen anspornt. Aufs neue durchflog er den Weltteil der Schwarzen und kehrte wie aus der Kanone geschossen über den Atlantischen Ozean zurück. Die Zentrifugalkraft begann sich für die Goldsäcke zu interessieren; sie flogen von ihm ab wie reife Früchte und schlugen klingend in den verschiedenen Ecken des Zimmers nieder. Der Narr beobachtete seine Fahrt mit erster Wiener, die Augen auf eine Wanduhr gefestet. Als Jakob Hockis zum esienmal vorüberflog, legte er sich nach außen wie ein Schiff im Sturm; das Gold regnete von ihm in glitzernden Kasladen, er sah aus wie eine allegorische Darstellung des Wohlstandes. Der Narr drückte auf den Kontakt, der Wagen verlangsamte die Fahrt, und Jakob Hockis hielt sichtlich vom Stogoffen.

„Gestatten Sie mir, Ihnen zu gratulieren, Herr Hockis“, sagte der Narr herzlich. „Sie haben den Weltrekord geschlagen. Sie sind in fünfundfünfzig Sekunden rund um die Erde geeifert. Ich selbst bin nie unter sechzig gekommen. Meine Durchschnittzeit war achzig. Aber alle Mühsal ist meinem Charakter fremd. Ich habe beobachtet, daß höhere Geschwindigkeiten gesteigerten Blutdruck, Schwindel und Ohrenklingen zur Folge haben. Haben Sie diese Erfahrung gemacht?“

Jakob Hockis antwortete überhaupt nicht. Er schwankte leichenblau hin und her, mit dem Atlantischen Ozean, als Hintergrund. Der Narr sah ihn mislich an und warf dann einen Blick zur Höhe.

„Sie brauchen einen Arzt“, sagte er. „Gott sei Dank haben wir nicht weit zu einem Professor Freundenthal Doktor Ohman! Ein Patient braucht Ziel!“ (Fortsetzung folgt.)

### Inland.

Wie man mit einem schwarzen Gegenstand weiße Flecken macht. Wie dieses Scher Spiel in der tschechoslowakischen Republik gelöst wird, darüber schreibt „Pravo Lidu“: Jeden Tag können wir am Morgen dieses Wunder erleben. Wir haben nämlich einen schwarzen Justizminister, Dr. Dolansky, der mit Hilfe seiner Zensoren weiße Flecken in den Zeitungen erzeugt. Der Herr Minister Dolansky hat es sich augenscheinlich in den Kopf gesetzt, der Tschechoslowakischen Republik vor dem Ausland und im Ausland Schande zu machen, dadurch, daß er alle tschechische Auslandspropaganda paralytisiert, die die Welt darüber aufklären will, daß die tschechoslowakische Nation eine gebildete und freihätliche ist und die Republik ein moderner Staat. Den Amerikanern gefällt es natürlich nicht, wenn der Staat einen solchen Ruf hat. Und deshalb macht Minister Dolansky alle Propagandabestrebungen zunichte und verwandelt alle für die Propaganda ausgegebenen Millionen in Schall und Rauch durch die einfache Art, daß er jedem Ausländer Zeitungen voll weißer Flecken nach konfiszierten Artikeln unter die Nase hält. Für das Journalismusministerium Minister Dolansky ist es bezeichnend, daß er desto mehr konfiszierten läßt, je mehr er davon spricht, daß er nicht mehr konfiszierten werde. Eine wahre Konfiskationspolitik ist hereingebrochen, kurz nachdem der Minister Dolansky den Koalitionsparteien das feierliche Versprechen gegeben hat, daß er die Konfiskationspraxis nach Einführung des neuen Pressegesetzes so einschränken wird, daß sie eigentlich aufgehoben sein wird, und die Flut wächst um so mehr, je zahlreicher die Proteste der journalistischen und politischen Kreise gegen diese Schande der Republik werden. Der Herr Minister Dolansky betrachtet es als seine Hauptaufgabe, so lange er Justizminister ist, der Republik möglichst viel Schande zu machen. Diese Arbeit führt er für seinen Ministergehalt glänzend durch.

Der Ausfall der sonntägigen Gemeindevahlen in Janegg im Duxer Bezirk stellt einen bedeutenden Erfolg unserer Partei dar. 935 von insgesamt 2643 Stimmen fielen auf die deutsche Sozialdemokraten, die so mit elf Mandaten die weitaus stärkste Partei in der Gemeinde bleiben. Bisher hatten wir 13 Vertreter in der Gemeinde; die zwei verlorenen Mandate sind jetzt in den Händen der Kommunisten, denen die Wahl Gelegenheit gab, ihre verhältnismäßige Bedeutung geltend zu machen. Die deutsche Wahlgemeinschaft, die früher einschließlich der Selben 10 Mandate besaß, zählt jetzt ohne diese 7, diese selber eroberten 5 Mandate. Ebenfalls 5 Mandate fielen auf die tschechischen Nationalsozialisten. Die Parteiführer, die vor der Wahl große Reden im Kaffeehaus hatten und schon mit einem nationalsozialistischen Bürgermeister rechneten, sind jetzt sehr still geworden und erklären ihren „Wahlerfolg“, den sie sich ein wenig anders vorgestellt hatten, damit, daß sie in bescheidener Weise „Interesse-Reflexe“ für ihre Partei gemacht hatten.

Der Journalistenvorschlag eines Pressegesetzes den Ressortministern übergeben. Die Vertreter des Syndikats der tschechoslowakischen Tagespresse und der Reichspropaganda der deutschen Presse übermittelten Montag dem Minister für soziale Fürsorge, G. Haberman, den von den Journalisten ausgearbeiteten Pressegesetzentwurf. Der Minister versprach, den Vorschlag zu unterstützen und erklärte, daß er ihn sofort auch den übrigen Ressortministern mit der Bemerkung übergeben wird, daß es wünschenswert sei, ihn möglichst bald durchzustudieren. Der Minister beabsichtigt, binnen vierzehn Tagen in Angelegenheit des Pressegesetzes eine interministerielle Beratung einzuberufen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich waren von Samstag bis Montag unterbrochen. Die kurze Pause gab dem bevollmächtigten Minister, Ing. Dvořák, und den Ministerialräten Schönbach und Dvořák Gelegenheit, in Prag mit einigen interessierten Gruppen über die Direktiven für das weitere Vorgehen Beratungen zu pflegen. Der Prager Ausschuss bezieht Minister Ing. Dvořák namentlich auch dazu, sich darüber Klarheit zu verschaffen, wie weit die Verhandlungen über das Einheitszollgesetz vorgeschritten sind. Nach den bisherigen Resultaten glaubt man, daß sich die politischen Parteien über die grundsätzlichen Fragen der Angelegenheit bereits einig geworden sind. Die Annahme des Einheitszollgesetzes ist natürlich von sehr großer Bedeutung auch für die Aktivierung des Handelsvertrages, der eben mit Oesterreich abgeschlossen werden soll.

### Ausland.

Vor russisch-französischen Verhandlungen. Nunmehr sollen auch die Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland wieder aufgenommen werden. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich ein Ausgleich der Forderungen der beiden Staaten aneinander. Die Forderungen Frankreichs an Rußland belaufen sich insgesamt auf ungefähr 36 Milliarden Goldfranken. Sie rühren aus den zahlreichen Anleihen her, die das zaristische Rußland bei Frankreich aufgenommen hatte und zu deren Bezahlung sich Sowjetrußland schon aus Prestigegründen schwer einschließen kann. Ungefähr sieben Milliarden des Betrages entfallen aus den Beschädigungen französischen Eigentums während der russischen Revolution. Rußland hat einige geringfügige Gegenforderungen an Frankreich, so die Guthaben der russischen Botschaft in den französischen Ban-

## „Z. R. III“ in Amerikanähe.



Der jetzige und der zukünftige Kommandant des Luftschiffes, Dr. Ekener (links) und der Amerikaner, Kapitän Steele.

Nach den im Laufe des gestrigen Tages eingelaufenen Meldungen nähert sich der Zeppelin bereits dem amerikanischen Festland, denn zu der Zeit, da diese Zeilen gelesen werden, wird er die Bermuda-Inseln längst überflogen haben. Gestern mittag hatte „Z. R. III“ den Großteil der Ozeanstrecke zurückgelegt. Er stand mit den amerikanischen Funkstationen schon in Verbindung und ersuchte diese, nach Deutschland Grüße auszurichten, da er mit den deutschen Funkstationen keine Verbindung mehr bekomme. An Bord des Schiffes war alles wohl auf.

Von den Bermuda-Inseln nimmt das Luftschiff Nordkurs und wird höchstwahrscheinlich über Washington nach New York fliegen.

Berlin, 14. Oktober. Die Blätter veröffentlichen eine Reihe weiterer Funkprüche vom „Z. R. III“, die teils von amerikanischen, teils von deutschen Funkstationen aufgenommen worden sind. Die amerikanische Großfunkstation Marion verkehrt seit heute früh 8 Uhr 20 Minuten dauernd mit dem Luftschiff und übermittelte ihm

den von Rußland zu zahlende Betrag würde sich trotzdem noch auf 35 Milliarden Franken belaufen. Es ist sehr fraglich, ob die Sowjetregierung sich zur Bezahlung dieses Betrages, auch wenn sie ihre Reichsschulden gegen eine Anerkennung der Zarenschulden unterdrückt, einschließen kann. Frankreich wird jedenfalls, wenn es einen Teil seiner Forderungen einbringen will, seinerseits den Russen wirtschaftliche Zugeständnisse machen müssen.

Eine Wahlrede Macdonalds. In einer Rede in Glasgow führte Macdonald u. a. aus, daß die Auflösung des Parlamentes im nationalen Interesse läge. Die Arbeiterpartei habe in der Außenpolitik bedeutende Erfolge davongetragen und damit den Befähigungsnachweis erbracht. Die Frage der russischen Anleihe werde er in seiner Ansprache in Edinburgh und Birmingham behandeln. Weiters führte Macdonald aus: „Als wir zur Macht kamen, stand der Name Großbritanniens niedriger in der internationalen Achtung als selbst der russische Rubel. Unsere Gegner waren entschlossen, daß unser Schicksal endgültig besiegelt werden sollte; sie durchforschten das ganze politische Feld, um Vorteile gegen uns zu entdecken. Als wir geschlagen wurden, war das ganze Parlament nicht dazu imstande, eine andere Regierung aufzustellen. Ich fordere die Regierungen der anderen Parteien auf, mir zu sagen, welche Regierung vor uns es ihren juristischen Beamten erlauben hätte, politische Feinde ins Gefängnis zu werfen, ohne die Regierung davon in Kenntnis zu setzen. Das Einzige, woran wir in Verbindung mit dem Campbell-Koll daschten, war das nationale Interesse. Die Arbeiterregierung hat das Interesse der Nation gewahrt. — Ich möchte Kapital und Arbeit für die britische Industrie, aber weichen Sie hat es Kapital in die britische Industrie zu stecken und Kredite für sie verfügbar zu machen, wenn man keine Märkte für die britischen Güter hat. Der Vorschlag, Rußland eine Anleihe zu gewähren, ist ein Vorschlag, die verfügbaren Kredite für die britische Industrie zu vergrößern und den russischen Markt für die britischen Güter zu öffnen. Das ist das einzige Verbrechen, das man uns vorwerfen kann.“

Die österreichische Zimmermannsarbeit. Eine Deputation der österreichischen Bundesangestellten sprach neuerdings beim Bundeskanzler Seipel vor. Dieser machte ihnen die Eröffnung, daß zwischen der Regierung und dem Generalkommissär Zimmermann Meinungsverschiedenheiten über den Beamtenabbau beständen. Während die Regierung der Ansicht sei, es müssen nicht unbedingt 100.000 Beamte abgebaut werden, stehe der Generalkommissär auf dem Standpunkte, man könne lediglich

u. a. herzlichste Grüße der amerikanischen Presse. Der Staatssekretär des Marineamtes in Washington erhielt von Bord des „Z. R. III“ eine offizielle Meldung des amerikanischen Kapitäns Steele, der u. a. mitteilt: „Wir machen gute Fortschritte. Durchschnittsgeschwindigkeit 67,5 Meilen. Luftschiff wird direkter Kurs Lakehurst verfolgen. Mannschaft gewöhnt sich daran, ohne Schlaf zu leben.“ Funkmeldungen, welche die Station Chatham bei Boston aufgenommen hat, berichten, an Bord des „Z. R. III“ sei ein kleiner Motordefekt entstanden, der aber bald behoben sein werde. Das Luftschiff fahre mit voller Kraft dreier Motoren weiter.

Berlin, 14. Oktober. (Wolf.) In einem Funkpruch von 9 Uhr abends mitteltour. Zeit meldet der New York: Das Luftschiff „Z. R. III“ verfehlt in dichtem Nebel zu peilen.

New York, 14. Oktober. (Havas.) Funktelegraphischen Nachrichten zufolge befindet sich der „Z. R. III“ ca 1200 Meilen von seinem Bestimmungsort im Nebel.

wegen des Termins verhandeln, an der Zahl der abzubauenden Beamten aber dürfe man nicht rühren. Der Generalkommissär werde danach noch 28.000 Beamte abbauen.

In Ungarn dürfen Minister korrupt sein. Die Affäre Szabo scheint nun endgültig beigelegt zu sein. Nachdem in den letzten Tagen noch das Gerücht umging, die ganze Regierung Weihen werde demissionieren, da die Korruptionsaffäre des Ackerbau Ministers Szabo ja auch andere Mitglieder des Kabinetts arg kompromittiert hat, hat man sich nun entschlossen, Szabo sein Portfeuille zu lassen. Das Vertrauen der Bevölkerung zu diesem Kabinett, dem nichts daran liegt, bestochene Minister in seinen Reihen zu zählen, wird dadurch kaum wachsen und aus der Kabinett-Krise wird, wie die „Arbeiter-Zeitung“ vor kurzem schrieb, vielleicht eine Krise des Systems herauswachsen.

Die Toten reiten. Als im Mai des heurigen Jahres bei den Wahlen für die deutsche Nationalversammlung die sozialdemokratische Partei starke Einbuße erlitt, Kommunisten und Völkische Sieger liebten, da war es nach Ansicht der Gegner mit der Sozialdemokratie endgültig vorbei. Wie sich die Wähler wieder zu bestimmen beginnen, zeigt die Sonntag, den 12. Oktober in Birna durchgeführte Stadtverordnetenwahl. Während bisher achtzehn Bürgerliche, sieben Sozialdemokraten und zehn Kommunisten sich gegenüberstanden, ergab die sonntägige Wahl einen Umschwung nach links. Zehn Sozialdemokraten, sieben Kommunisten und ein Vertreter der Kriegsbeschädigten, der der Sozialdemokratie zugerechnet ist, stehen 17 bürgerliche Stadtverordnete gegenüber. Auffällig ist, daß die Deutschsozialen (völkische Richtung) einen völligen Zusammenbruch erlitten. Während sie bei der letzten Wahl 1644 Stimmen und vier Mandate zählen konnten, erhielten sie gestern nur 520 Stimmen und ein Mandat. Auch der Rückgang der kommunistischen Stimmen ist auffällig. Trotz wüthender Agitation gegen die Sozialdemokratie erhielten die Kommunisten gegen 4024 Stimmen bei der Hauptwahl nur 2317 Stimmen, während die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl von 2817 auf 3564 erhöhen konnten und drei Mandate erwarben, die sie den Kommunisten abnahmen. Der Erfolg ist um so höher zu werten, als die Sozialdemokratie in der schärfsten und verurtheiltesten Weise von rechts und links angegriffen wurde. Noch am Wahltage zogen die Kommunisten mit großen Plakaten durch die Straßen, die die Aufforderung enthielten, nicht die List der Sozialdemokraten zu wählen.

### Das Schicksal der Zeppelinwerft in Friedrichshafen.

Paris 14. Oktober. Anlässlich des Zeppelinfestes über den Ozean druckte der „Matin“ einige Erklärungen des Staatssekretärs für Flugwesen Laurent Eynac ab, aus denen zu entnehmen ist, daß das aeronautische Zentrum von Friedrichshafen provisorisch durch die Boisschafterkonferenz geregelt worden ist und zwar auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung, welche auf das Reparationskonto ein Luftschiff von 70.000 Kubikmetern bauen lassen will. Alle anderen Einrichtungen zwecks Erstellung von Luftschiffen bis 30.000 Kubikmeter sollen von Deutschland zurückgekauft werden und der Erlös den Alliierten zugute kommen. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages bezüglich Friedrichshafens, namentlich die Zerstörung seiner Einrichtungen, Fangars usw. für den Bau von Schiffen von über 30.000 Kubikmeter Gehalt sollen unverzüglich durchgeführt werden. Das Blatt fügt hinzu, daß Laurent Eynac vielleicht einen Bericht an Verriot vorlegen wird, welcher diese Frage der Boisschafterkonferenz unterbreiten wird.

Friedrichshafen, 14. Oktober. Von der Leitung des Luftschiffbaues „Zeppelin“ wird mitgeteilt: Die von der Presse gebrachte Nachricht, daß die gesamte Tätigkeit des Luftschiffbaues „Zeppelin“ nach Amerika verlegt werden sollte, trifft nicht zu. Die Sachlage verhält sich vielmehr folgendermaßen: Der Luftschiffbau „Zeppelin“ hat in den Vereinigten Staaten eine Neugründung gemeinsam mit der Goodyear Tyre and Rubber Company in Akron im Staate Ohio ins Leben gerufen, die unter der Leitung obiger Firma den Bau von Luftschiffen in Amerika aufnehmen soll. Zu diesem Zwecke ist geplant, einen kleineren Stab von Ingenieuren dahin zu entsenden. Die Fortführung der Arbeiten in den Zeppelinwerken in Friedrichshafen wird dadurch nicht beeinträchtigt, da ein enges Zusammenarbeiten beider Werften vorgesehen ist. Dr. Ingenieur Ludwig Dürr wird, wie seit 25 Jahren technischer Direktor in Friedrichshafen bleiben. Als technischer Leiter der neuen Werft ist Chefkonstrukteur des Luftschiffes „Z. R. III“ Ingenieur Karl Arnstein vorgesehen.

### Tages-Neuigkeiten.

566.124.

Wir haben gestern die herrliche Kunde, die uns von Oesterreich kam, den Genossen und Genossinnen übermittelt: in jenem kleinen Land, das rund sechs Millionen Einwohner zählt, hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei einen Mitgliederstand von 566.124 erreicht und nähert sich jetzt bereits mit Riesenschritten der Sechshunderttausend. Fast jeder zehnte Einwohner Oesterreichs, mindestens jeder namte Erwachsene, ist organisierter Sozialdemokrat! Das ist eine Statistik, die unsere Herzen höher schlagen läßt, das sind Tatsachen, die unseren Gegnern beweisen werden, daß sie, als sie vom Zusammenbruch des „Marxismus“ faselten, noch weit ärger lagen, als ihnen selber bewußt war. Wo in aller Welt ist eine bürgerliche, eine faschistische oder eine kommunistische Partei, die sich nur annähernd mit dieser Armee, riesengroß auf engem Boden, messen könnte? Und nicht nur die Ziffer sozialdemokratischer Wähler wächst und wächst ohne Unterlaß, in gleichem Maße steigt die Auflage aller Parteiblätter, der Frauen-, Jugend- und Kinderzeitschriften, vermehren sich die sozialistischen Schulen, Vorträge und Kurse. Und all dies in einer Zeit, da die Arbeiterschaft Oesterreichs unter einer gewaltigen Wirtschaftskrise, unter Entlassungen, Betriebseinstellungen und Lohnkürzungen schwer leidet. Gibt es einen schlagenderen Beweis für die unerschöpfbare Stärke des sozialistischen Gedankens, für die Werbestraft der Sozialdemokratie, als diesen neuen, großen Aufstieg unserer österreichischen Bruderpartei?

Jedem von uns gibt der kolossale Fortschritt der benachbarten, uns eng befreundeten Bewegung, die so lange Zeit die unsere war, neuen Mut, neue Begeisterung, neue unerschütterliche Zuversicht in das Vermögen unserer eigenen Reihen. Wir haben einen ungleich schwereren Kampf auszukämpfen als die Genossen in der Republik Oesterreich, die von Nationalismus und von nationalen Auseinandersetzungen in eigenen Lande verflochten sind und die, was ebenföhrer ins Gewicht fällt, dem Bruderkampf keine Opfer bringen müssen. Einzig und einzig steht in Oesterreich die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiter da, neben der ein lächerliches Häuflein von Kommunisten kaum die Rolle der Wunde spielt, die der Riese gar nicht gewahr wird. Wir deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei haben das schlechtere Los gezogen. Aber durch die Treue unserer Mitkämpfer, durch die unerbittliche Festigkeit, mit der wir nach unseren Grundfähn arbeiten und handelten, haben auch wir die gefährlichsten Jahre hinter uns gebracht und heute schwellen unsere Rader wieder mächtig an, Hunderte, die uns verblendet verfechten, kehren wieder heim, die Zeit der von uns vorausgesehenen Rückschläge ist vorbei, wo wir uns in Wahlen mit den Gegnern maßen, erweist sich unsere Partei wiederum als die weitaus stärkste, als die Massenpartei des arbeitenden Volks.

Neue, herrliche Tage des Aufstiegs stehen auch uns bevor. Als leuchtendes Beispiel marschieren die österreichischen Brüder und Schwestern uns voran. Mit fliegenden Fahnen wollen wir ihnen nachsehen, in vermehrten und gestärkten Scharen, voll Kampfesmut und Siegeswillen. Auf Genossen! Neben uns und vor uns schreiten Oesterreichs Sechshunderttausend. Vorwärts in gleichem Schritt zu neuer Arbeit, neuem Kampf, neuem Sieg!

### Wer im Glashaus sitzt . . .

Die Warnsdorfer „Volkzeitung“ fühlt sich als Vertreterin der christlichen Presse dieses Landes veranlaßt, einen Artikel der „Wiener Stimmen“ auszugeweiht wiederzugeben, in dem die Haltung der Sozialdemokraten in der georgischen Frage kritisiert wird. Die Sozialdemokraten hätten — so meint die Wiener Querschnitt der Warnsdorfer Weisheiten — erst jetzt entdeckt, daß Terror und Blutvergießen verwerflich seien. Früher hätten die Sozialdemokraten selbst solche Grenzfälle verherlicht. Das christlichsoziale Blatt bleibt aber nicht dabei stehen, uns unsere Konsequenzen vorzusetzen, sondern erhebt sich zu einer im Stile biblischer Fiktion verfaßten geschichtsphilosophischen Abhandlung, in der es heißt:

Als ob Granatstein und Terror, einmal als zulässiges Mittel zur Eroberung oder Behauptung der politischen Macht erklärt, sich an die Schranken halten könnten, die der oder jener Fraktion gerade passen. Früher oder später erollt die Geschichte aller Tyrannen und Revolutionen lehrte es, die Gewaltmenschen alle das Schicksal, das sie anderen bereitet haben. Nach der Entrechtung, Verbannung, Entfaltung, Hinordnung weist der Reaktionäre und Bourgeois, dann der Sozialrevolutionäre und Menschewiken kam nun die Reihe naturgemäß an die kommunistische Opposition, die allein von allen Oppositionen übrig geblieben ist. Hat vor hundertdreißig Jahren die Jakobinerherrschaft in Frankreich nicht genau dieselbe Entwicklung durchlaufen? Hat nicht auch sie zum Schluß, als die anderen Gegner zum Verstummen gebracht waren, die eigenen in Klügel zerplitterten Anhänger der Reihe nach zur Guillotine geschleppt?

Die sozialistischen Gräueltaten, zumal die Festeinrichtung des unglücklichen Georgien, verbreiten Entsetzen und Abscheu bis tief in die Reihen der Anhänger des Marxismus, aus denen sich das Moskauer Untertanentum jetzt keine Opfer holt. Im blutigen Spiegel ist hier zu sehen, wie Völker, die sich dem Wahn des Marxismus ergeben, glücklich zugrunde gehen. Der Klassenkampf endet im Klügelkampf, die Tyrannei der Klasse in der Tyrannei der Fraktion und von Personen. Wer, wie der Marxismus, mit Haß und Hege beginnt, wird in Blut und Mord enden.

Das christliche Blatt vergißt ganz, daß es auch in der Vergangenheit der katholischen Kirche einige Gräueltaten und kleine Meckeleien gibt. Nur sind die Massenmordaktionen zur „höheren Ehre Gottes“ nicht auf bewegte Zeiten beschränkt geblieben, sondern fanden Jahrhunderte lang nach einem hochdurchdachten System statt. Seit dem Jahre 1200 gab es eine ganze Reihe von „Kreuzzügen“ gegen Keger, bei denen ganze Volkstämme ausgerottet und ganze Provinzen verwüstet wurden. So fielen den Kreuzkriegen gegen die Waldenser und Albigenser in Frankreich Hunderttausende von Menschen zum Opfer und in Deutschland hat man um dieselbe Zeit die Stedinger Bayern an der Wesermündung zu Tausenden hingejagt, weil sie den Bischöfen keine Abgaben zahlen wollten. Die Hexenverbrennungen funktionierten seit dieser Zeit wie eine furchtbare, erbarmungslose Maschine. Unter der Regierung Karls V. wurden in den Niederlanden allein 100.000 Keger und Hexen verbrannt. Unter dem Nachfolger dieses katholischen Fürsten, unter Philipp II., feierte die Inquisition (das Hexengericht) wahre Triumphe. Die Hexenprozesse, die zu den schrecklichsten Dokumenten menschlicher Bestialität gehören, dauerten als wohlbehütete kirchliche Institution bis in die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts. In Würzburg wurden einmal innerhalb dreier Jahre 157 Hexen über Befehl des Bischofs verbrannt. Unter ihnen befand sich ein neunjähriges Mädchen. Bamberg erlebte binnen fünf Jahren 600 Hexenverbrennungen, deren Veranstalter ebenfalls der hochwürdigste Bischof war. Die Beispiele ließen sich an Hand historischer Quellen noch gewaltig vermehren.

Wir wollen ganz davon schweigen, daß die großen Religionskriege, die über Ausrottung der Pfaffen der verschiedenen Konfessionen geführt wurden, Millionen Menschenleben kosteten und die blutigsten Gräueltaten heraufbeschworen. Für diejenigen Ausschreitungen revolutionärer Bewegungen, die einigen Dienern der Kirche das Leben kosteten, hat die alles verzehrende christliche Religion stets blutige Rache zu nehmen gewußt. Für die sechs Priester, die während der Pariser Kommune erschossen wurden, mußten 20.000 Arbeiter das Leben lassen. Die christlichsoziale Presse hätte es wahrhaftig nicht nötig, vom blutigen Terror anderer zu reden und das Buch der Geschichte aufzuschlagen, das auf jeder Seite von den Verbrechen der Kirche zeugt.

„Arbeitgeber“ — „Arbeitnehmer“. In der „Globe“ stellt Camill Hoffmann folgende und wie uns scheint, notwendige Betrachtung an: So oft ich die Worte „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ lese, stolpere ich darüber. Ich begreife nicht, wie sich diese beiden Worte am Leben erhalten können, wie sie sogar in der sozialistischen Literatur und Presse weiter überliefert werden. Unschön sind sie wie die meisten zusammengesetzten Wortgebilde, aber das wäre das wenigste. Auf die ästhetische Seite will ich nicht eingehen. Sie sind unlogisch, und das ist schlimmer. Sie sind meinem Gefühl nach für den arbeitenden Menschen herabsetzend, und das ist das Schlimmste. Unlogisch sind sie, weil sie gerade das Gegenteil ausdrücken von dem, was sie auszudrücken haben. Wenn ich „Arbeitgeber“ sage, so denke ich logischerweise an den, der Arbeit gibt, seine Arbeit hergibt. Ist das der Fabrikant, der Unternehmer? Keineswegs. Der Arbeiter erzeugt Arbeit und verkauft sie dem Unternehmer, er gibt sie gegen Lohn her. Also ist der Arbeiter der „Arbeitgeber“. Der Fabrikant nimmt die Arbeit, er nimmt sie an und bezahlt sie und ist dabei der „Arbeitnehmer“. Der übliche Gebrauch dieser Worte verkehrt unzweifelhaft den Sinn. Wahrhaftig, so oft ich „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ lese, muß ich sie mir erst richtig übersehen. Das Verkehrende an ihnen finde ich darin, daß der Arbeiter, der, wie gesagt, der Gebende ist, es werden soll, als der Empfangende hingestellt zu werden. Ich lasse unentschieden, ob in diesem Falle Geben selbiger ist als Nehmen. Der Fabrikant wird finden, daß auch hier Nehmen selbiger ist, und er müßte auch in Sprachgebrauch der Nehmende bleiben. Der Geber klingt freundlicher als der Nehmer, der „Arbeitgeber“ klingt jetzt geradezu gnädig, der Arbeitnehmer geradezu demütigend. Da es nun schwer ist und Verwirrung anrichten würde, wollte man diese Worte fortan richtig gebrauchen, nämlich statt „Arbeitgeber“ „Arbeitgeber“ sagen, statt „Arbeitnehmer“ „Arbeitnehmer“, so bleibt wohl nichts anderes übrig, als sie gar nicht zu gebrauchen. Man kommt ohne sie sehr gut, ja besser als mit ihnen aus, denn wer Fabrikant oder Unternehmer sagt, wird ebenso klar verstanden werden, wie wer einfach „Arbeiter“ sagt.

Wegen die Schließung einer der beiden deutschen technischen Hochschulen. Der „Verein deutscher Ingenieure“ in Teplic-Schönan sagte angesichts der drohenden Auflösung einer der beiden deutschen technischen Hochschulen des Staates eine Entschädigung, in der es u. a. heißt: Wie aus den Äußerungen führender tschechischer Politiker und Zeitungsartikeln hervorgeht, steht eine parlamentarische Aktion bevor, eine der beiden deutschen technischen Hochschulen der Republik aufzulassen, und zwar soll dies durch Zusammenlegung der beiden Hochschulen erreicht werden. Eine solche Maßnahme wäre nur bei einem Rückgang der Hörerzahl gerechtfertigt. Laut der Statistik ist diese aber an beiden technischen Hochschulen im steten Wachsen begriffen. Der Hörerzustrom hat sich seit dem Bestehen des Staates vergrößert insbesondere durch die Einbeziehung der Slowakei und die Zulassung der Absolventen der höheren Staatsgewerbeschulen zur technischen Hochschule.

Weder die Räume der technischen Hochschule in Prag noch die in Brünn reichen heute aus, um einen ordnungsgemäßen Lehrbetrieb zu ermöglichen. Durch die Zusammenlegung wäre außerdem die Forscherstätigkeit gänzlich unmöglich gemacht. Durch Zusammenlegung der Hochschulen nach Prag oder nach Brünn würde für einen großen Teil der Studierenden die Entfernung von der Heimat vergrößert, wodurch viele Studierende materiell schwer belastet würden. Der bestehende Wohnungsmangel, der noch viele Jahre andauern wird, würde sich durch Zusammenziehen der Professoren und der Hörer noch viel mehr bemerkbar machen. Durch diese Umstände wäre das Studieren nur sehr beschränkt möglich, während die Wintermonate vom Studium ausgeschlossen wären, was mit demokratischen Grundgesetzen keineswegs in Einklang gebracht werden kann. Mit der Auffassung einer der beiden technischen Hochschulen würde eine hohe Kulturstätte und ein Herd des Staates verloren gehen. Die Entschädigung gipfelt in folgenden Forderungen: Weiterer Ausbau der bestehenden Hochschulen der Hochschulen, die dem heutigen Stande der Technik in mancherlei Hinsicht nicht mehr entsprechen. Angliederung neuer zu errichtender Abteilungen für Fortwissen, für Bergbau und für Hüttenwesen an die bestehenden Hochschulen, da für das Studium dieser Zweige der technischen Wissenschaften an den deutschen Hochschulen der Republik derzeit nicht vorgesorgt ist und der Restriktion ausländischer Zeugnisse Schwierigkeiten im Wege stehen. In ähnlichen Entschädigungen nahmen ebenfalls der „Verein deutscher Ingenieure“, der „Bund deutscher Techniker“ und die übrigen Ingenieur-Vereine des Staates gegen die Bedrohung des Bestandes der Hochschulen Stellung.

Nachtträgliches zu dem Eisenbahnunfall in Böhmen-Leipa. Der „Eisenbahner“, das Fachblatt der organisierten Eisenbahner in der Tschechoslowakischen Republik, beschäftigt sich in seiner letzten Nummer ausführlich mit den Ursachen des Eisenbahnunglücks, der sich am 2. Oktober in der Station Böhmen-Leipa ereignete und bei dem 41 Personen Verletzungen meist leichter Natur erlitten. Da an diesem Tage wegen des Wochenmarktes in Leipa der Zug voll besetzt war, muß es als ein großes Glück bezeichnet werden, daß der von Bodenbach einkehrende Personenzug, der infolge falscher Weichenstellung auf eine Verschubmaschine aufzufuhr, noch im letzten Moment scharf gebremst werden konnte, so daß die Verletzungen meist nur durch herabfallende Gepäckstücke oder dadurch entstanden, daß die zum Aussteigen vorbereiteten Reisenden gegen die Waggonwand geschleudert wurden. Die Ursache liegt ganz klar zutage: der Weichenkontrollor, der als gewissenhafter, erprobter Bediensteter gilt, hat die betreffende Weiche in eine falsche Richtung gestellt, ein einziges Mal hat der komplizierte Mechanismus Mensch versagt und das Unglück war geschehen. Es grüßelt einen, wenn man Einzelheiten über die technische Einrichtung der Station Böhmen-Leipa erfährt: die Bahnstationanlage veraltet und unzureichend, kein elektrisches Stellwerk, sondern alle Weichen müssen mit der Hand gestellt werden, so daß dem Verkehrsbedienten jede Möglichkeit einer Kontrolle fehlt und er sich allein auf den Weichenkontrollor verlassen muß. Dieser hat außerdem noch so viele andere Verrichtungen zu besorgen, daß es kein Wunder ist, wenn ihn einmal sein Gedächtnis im Stich läßt. Diezu kommt noch, daß der betreffende Bedienstete gerade zur kritischen Zeit außerst deprimiert war, denn eine der berichtigten Sprachprüfungen stand ihm bevor, von deren Bestehen so viel für ihn abhing. Schon einmal hatte ihn das Nichtbestehen einer solchen Prüfung — man weiß, daß hierbei die ausgefallensten Dinge geprüft werden, über die auch ein geborener Tscheche kaum eine Auskunft geben könnte — materiell schwer geschädigt; seine Ernennung zum Unterbeamten war rückgängig gemacht worden; Krankheiten in der Familie kamen hinzu, und nun drohte ihm

zum Ueberflus noch die Verletzung und damit sein vollkommener materieller Ruin. — Der Fall steht nicht vereinzelt da. Ein Vertreter des Eisenbahnerverbandes, der sich um die restlose Aufklärung dieses Falles bemühte, stieß unter den deutschen Bediensteten immer wieder auf die Meinung, daß sie wegen der mangelhaften Kenntnis der Dienstsprache, die man schließlich bald behördlicherseits feststellen kann, sich in ihrer Existenz stark gefährdet fühlen. Sie stehen gewissermaßen immer vor dem Hinauswurf, was natürlich zur Hebung der Dienstesfreude nicht sehr beiträgt. Den Eisenbahnbehörden aber wäre sehr zu empfehlen, mindestens einen Teil der Sorge, den sie auf die bis ins i-Tüpfel genaue und korrekte Kenntnis der Staatsprache seitens der untergeordneten Bediensteten aufwenden, auch der technischen Vervollkommnung der veralteten Bahnhofsanlagen nicht nur in Böhmen-Leipa, sondern auch andernorts zu widmen; nicht nur das Bahnwärter, sondern auch das Publikum würde besser dabei fahren, und das ist doch für eine Bahn die Hauptsache!

Geflügelpest bei Brüx. Wie die Blätter melden, ist in mehreren südlich von Brüx gelegenen Ortschaften, wie Obernitz, Rhan u. a. neuerlich wieder die Geflügelpest ausgebrochen. Diese äußert sich insbesondere darin, daß das Wasserzestügel, Gänse und Enten, zunächst anscheinend ganz munter und froh auf dem Wasser herumschwimmen in dort Nahrung suchen, worauf sie plötzlich und ohne alle vorhergehenden Anzeichen die Köpfe zur Seite neigen und auf dem Wasser oder auf dem Ufer verenden. Der Ursprungsherd der Seuche ist noch nicht festgestellt, ist aber selbstverständlich in den beiden Gewässern der bezeichneten Ortschaften gezogen. Hoffentlich wird den jetzt befallenen Gemeinden nicht das Schicksal zuteil, welches die Gemeinden W., W., Maria-Ratitzh und andere Gemeinden vor vier Jahren erlitten, woselbst die Seuche derart wütete, daß hier das Geflügel: Hühner, Gänse und Enten in einer verhältnismäßig kurzen Zeit zum Opfer fiel.

Massenausritte aus der römisch-katholischen Kirche. Nach einer Statistik des tschechischen statistischen Amtes in Prag sind bis Ende 1923 im ganzen 1.250.000 Personen aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten. Hieron haben sich 525.332 orthodoxen Nationalkirche angeschlossen, 724.668 Personen blieben konfessionslos. Durch diese Bewegung haben sich die nationalen Verhältnisse in einigen Diözesen geändert. So gehören der Prager Diözese jetzt mehr Deutsche (800.000) als Tschechen (650.000) an.

Zur Kommerzialisierung der Staatsforste und -Güter. Ende dieser Woche findet in Brünn eine Konferenz sämtlicher Direktoren der Staatsforste und -Güter unter Leitung der Zentraldirektion statt, die über die Organisation der Kommerzialisierung der Staatsforste und -Güter verhandeln soll. Die Kommerzialisierung wird am 1. Jänner 1925 verwirklicht werden.

Aufdeckung eines alten Friedhofes in Prag. Bei den Erweiterungsarbeiten am Barmherzigen-Spital in Prag Altstadt wurden bei den Grundaushebungen bereits 15 fahnen Menschengerippe zutage gefördert. Auch Mauergerölle und Gräber aus dem 16. Jahrhundert wurden bloßgelegt. Es scheint hier in vergangenen Zeiten ein Friedhof bestanden zu haben, dessen Reste nunmehr von einer großen Menge von Neugierigen bestaunt an das Tageslicht gezogen werden.

200 Zugspassagiere verbrannt? Aus Warschau wird folgende, bisher nicht bestätigte Meldung verbreitet: Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich auf der Strecke Moskau—Tjumen zugegetragen. Ein Personenzug, an dem ein Petroleumautowagen mitgeführt wurde, geriet in Brand. Nicht weniger als 200 Personen verbrannten, darunter acht Kinder. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß die Achsen des Wagens ins Glühende gerieten, wodurch das Petroleumtank explodierte.

### Der Kuß.

Von Ernst Edgar Reimerdes.

Stürzlich ist in Madrid eine Liga zur Bekämpfung des Küßens ins Leben gerufen worden. Aber nicht etwa entsetzungsvolle alte Jungfern, sondern junge, lebenslustige Frauen sind die Begründerinnen dieses merkwürdigen Verbandes, der keineswegs den Liebeskuß androht, sondern lediglich die in Spanien herrschende, aus dem Orient stammende Unsitte bekämpfen will, daß Frauen beim Zusammentreffen auf der Straße, im Restaurant oder Theater sich mit einem Kuß begrüßen. Diesen lästigen, unappetitlichen, überflüssigen und meist falschen Küßchen, die eine wahre Plage bedeuten, hat man den Krieg erklärt, jedoch nicht dem Liebeskuß, was übrigens auch ein vergebliches Bemühen sein würde.

Die Sitte des Küßens ist uralte, man weiß nicht, wo und wie sie entstanden ist. Ursprünglich war der Kuß wahrscheinlich eine Art „Beriechen“, man nimmt es bedeuken an, weil das arabische Wort für küssen von einigen Forschern mit dem Ausdruck für riechen in etymologische Verbindung gebracht wird. Es gibt auch einige germanische Bezeichnungen für den Kuß, die mit dem Wort schmeden in engem Zusammenhang stehen. Plutarch glaubt, daß der Kuß anfänglich gegeben worden sei, um festzustellen, ob die Frauen, denen das Weinrinten verboten war, sich keines Verstoßes schuldig gemacht hatten.

Der Engländer Steele sieht in dem Kuß eine dem Menschen angeborene Tätigkeit. Als Zeichen

der Begrüßung ist der Kuß nach Herodot von den Persern eingeführt worden, bei denen man, je nach Rang und Stand, auf den Mund oder die Wangen küßte. Von Persien aus verbreitete sich die Sitte im griechischen Orient, in Ägypten und Italien. Es handelt sich dabei um den zeremoniellen Kuß, neben dem der intime fraglos ebenfalls bestanden hat. Sämtliche Arten des Küßens: den Liebeskuß, den Kuß unter Freunden und Verwandten, den Kuß der Veröhnung, der Verehrung, der Verabschiedung, sowie den Friedenskuß finden wir auch bei den indogermanischen Kulturvölkern. Bei den Griechen ist der Kuß die übliche Begrüßungsform. Man küßt vielfach nicht nur den Mund, sondern auch Stirn, Wangen, Augen, Haare, Hände, Nacken, Schultern. Gegenstände pflegt man ebenfalls als Zeichen der Liebe und Verehrung zu küssen: den Brief von geliebter Hand, den Ring als Liebespfand, die Blumen, die man empfängt oder verschenkt usw. Zur Zeit der Republik durften die römischen Frauen nur nahen Verwandten männlichen Geschlechts die Lippen zum Kuß reichen. In Gegenwart fremder Personen oder in der Öffentlichkeit war das Küßen in Rom streng verboten. Schließlich kam der Kuß aus der Abgeschlossenheit des Familienlebens auch in die Öffentlichkeit.

Daß der Kuß im Morgenlande allgemein gebräuchlich war, ersehen wir schon aus der Bibel, er kommt dort in den mannigfaltigsten Formen vor. Esau küßt Jakob zum Reichen des Friedens und der Veröhnung, David und Jonathan besiegeln ihre Freundschaft durch einen Kuß, Laban küßt seinen Neffen Jakob zur Begrüßung, König David küßt seinem Untertanen Barsilai den Kuß der Gnade; Diener küssen ihrem Herrn aus Ehrfurcht Hand, Knie, Fuß, Rocksaum. Als Symbol

der Falschheit ist der Kuß, durch den Judas Christus verriet, sprichwörtlich geworden.

Am byzantinischen Hofe waren alle Arten des Küßens vom Kuß bis zum Mundkuß gebräuchlich. Zum Kultus gehörte es, die Götterbilder zu küssen. Man konnte damals auch bereits die Kußhand, die man jemandem als Zeichen der Zuneigung und Verehrung zuparkte. Die ersten Christen tauschten den von den Juden übernommenen Friedens- und Veröhnungskuß aus, der ein Wahrzeichen der Zusammengehörigkeit unter ihnen bildete. Dieser Kuß ging auch in den Gottesdienst über, er erschien als Friedenskuß in der Liturgie und beim Abendmahl. Das Ehehindnis fand seinen Abschluß durch den Kuß der Vermählten vor dem Altar.

Der letzte Ueberrest des kirchlichen Küßens, der lange Zeit eines der heiligsten Symbole war, ist der heute noch in der griechisch-katholischen Kirche gebräuchliche Sterbkuß, den der höchste Geistliche am Ostermorgen den Gemeindegliedern gibt, die dann untereinander den Friedenskuß austauschen.

Im Mittelalter galt der Kuß als Bekräftigung eines Vertrages und Versprechens, so küßte der Sieger den Besiegten nach Friedensschluß, der Lehns Herr den Vasallen bei Uebergabe eines Lehns. Als Preis im ritterlichen Turnier empfing der Sieger neben dem Kranz den Kuß der ihn verehrenden Dame.

Bei der Kaiserkrönung küßte der Papst dem Kaiser die Stirn, Wangen und Mund, der darauf jenem die Brust küßte. Nach erfolgter Promotion wurde die Erlangung der Doktorwürde noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts durch einen Kuß besiegelt.

Man möchte ohne weiteres annehmen, daß alle Völker zu allen Zeiten den Kuß gekannt haben, das ist jedoch keineswegs der Fall. Wie Darwin berichtet, kennen die Eskimos, die Maori Neuseelands, die Eingeborenen von Tahiti, die Papuas, die Feuerländer, die Somali Afrikas den Kuß nicht, der bei manchen Stämmen sogar als unangehörig gilt.

In vergangenen Jahrhunderten hat der Kuß im deutschen Volksglauben als erlösende, veröhnende und schützende Macht große Bedeutung gehabt, durch ihn wurde in Märchen und Sagen von verzauberten Personen der Bann genommen und zum Beispiel aus einer häßlichen Kröte ein wunderschönes Mädchen, aus dem bösen Drachen ein blondgelockter Prinz. — Ehedem galt der Kuß als Schutzmittel gegen Hexen und Teufelspakt, durch ihn fanden Menschen, welche zur Strafe für ein Vergehen nach dem Tode umherwandeln mußten, Vergebung und Ruhe im Grabe. Zum Schutz vor Gewittern pflegte man sich früher dreimal zu bekreuzigen und die Erde zu küssen.

Der geraubte Kuß, wie der Kuß überhaupt, hat besonders in der galanten Ära stets eine wichtige Rolle gespielt, zur Zeit der Anakreontiker war der Kußraub geradezu Mode. Die rechtliche Seite der Sache ist ehemals in zahlreichen gelehrten Abhandlungen erörtert worden, so zum Beispiel in der Schrift „Von dem Rechte des Frauenzimmers gegen eine Mannesperson, die es wider seinen Willen küßt.“ Bekanntlich sind auch in unserer Zeit, namentlich in Amerika und Frankreich, für geraubte Küße von den Gerichten als Entschädigung manchmal hohe Geldstrafen verhängt worden.

Das Gehirn Anatole Frances. Die Pariser Blätter melden, dass der Leichnam Anatole Frances gestern einbalsamiert wurde. Die Gemahlin des Dichters habe gestattet, das Gehirn Frances wie dasjenige Gambettas und anderer hervorragender Männer herausgenommen werden zu dürfen.

Zusammenbruch der Adriatischen Bank in Triest. Die Wiener Blätter melden aus Triest, dass die Adriatische Bank infolge des großen Andranges der Anleger notgedrungen die Zahlungen einstellen musste, und zwar bis zum Abschluss der mit der italienischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen über eine Hilfsaktion. Die Verhandlungen werden mit einer neuen Gruppe von Finanziers geführt. Mit der Angelegenheit befassen sich auch die italienischen Abgeordneten Triests und die Banca d'Italia, die im Auftrage der italienischen Regierung die Adriatische Bank vor dem Zusammenbruch retten soll.

Ehrung eines heldenmütigen Telegraphisten. Der radiotelegraphische Kongress, der vor kurzem in Paris tagte, beschloß, daß an einem vorher bestimmten Tage alljährlich sämtliche Radiostationen ihre Tätigkeit gleichzeitig auf fünf Minuten einstellen sollen, um das Andenken an den Telegraphisten Phillips von dem Dampfer Titanic zu ehren, bei dessen Untergang im Jahre 1912 1700 Personen ertrunken sind. Während alle anderen Anwesen den vernünftlichen Dampfers sich wie wahnsinnig auf die Rettungsboote stürzten,

harrte Phillips unerschrocken auf seinem Posten aus und sandte die dringlichen Hilferufe aus, bis er zugleich mit dem Schiff seinen Untergang fand.

Witterungsübersicht vom 14. Oktober. Die Luftdruckverteilung ist in ihren Grundzügen unverändert. In der Nacht auf Donnerstag sank die Lufttemperatur fast im ganzen Staatsgebiete bis auf 3 Grad Celsius. Am Boden wurde Frost beobachtet. Auf den Berggipfeln sind die Temperaturen höher (Donnersberg Minimum 6 Grad). Wahrscheinliches Wetter von heute: Anbauern der herrschenden Witterung.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.**

Eine Lokomotive fährt im Nebel in eine Arbeitergruppe.

Essen, 14. Oktober. (Wolff.) Ein schweres Unglück ereignete sich Dienstag früh zwischen Essen-Hauptbahnhof und Essen-West: Eine leere Lokomotive, die sich auf der Fahrt von Mülheim nach Essen befand, fuhr in dichtem Nebel in eine Gruppe von Arbeitern. Fünf von ihnen wurden auf der Stelle getötet, ein sechster erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Eine weitere Anzahl von Personen wurde schwer verletzt.

**Zweiter deutscher Wohnungsfürorgetag.**

In Anwesenheit zahlreicher Teilnehmer fand am 11. und 12. d. M. der zweite deutsche Wohnungsfürorgetag und die Vollversammlung der deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik in Prag. Schönberg statt. Erschienen waren als Vertreter der Regierung Sektionschef Dr. Kubista und Ministerialrat Dr. Machele vom Ministerium für soziale Fürsorge, Bürgermeisterstellvertreter Genosse Böhl für den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, Regierungsrat Hanszel für den Baugenossenschaftsverband, Dr. Wenzel für den Sparkassenverband, Vertreter der Allgemeinen Pensionskassen, der Universität, zahlreicher deutscher Gemeinden, Baugenossenschaften und vieler interessierter Körperschaften. Bürgermeisterstellvertreter Leopold Böhl-Auffig eröffnete die Tagung.

Der Schriftführer Dr. Treutl-Buttler erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und der Beratungskommission für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge, sowie der administrativen Abteilung derselben, Ing. Wührmann über die Tätigkeit der technischen Abteilung. Den Berichten zufolge hatte der vorjährige Wohnungsfürorgetag ausgiebige weitere Baunterstützung aus staatlichen Mitteln und geeignete Maßnahmen gefordert, um die öffentlich-rechtlichen Träger der Sozialversicherung sowie die privaten Versicherungsgesellschaften zur Anlage eines angemessenen Teiles ihres Vermögens in Hypotheken zum Wohnungsbau zu verpflichten. Diese Entschlüsse wurden den zuständigen Regierungsstellen überreicht und leider ohne nennenswerten Erfolg — auf die Durchführung dieser Forderungen hingewirft. Die staatliche Bauförderung wurde durch das Gesetz für das Jahr 1924 wegen weitgehender Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen empfindlich eingeschränkt und so herabgesetzt, daß ihre Höhe dem Stande der Baukosten keineswegs entspricht. Der Zusammenhang der Wirkungen von Mieterschutz und Bauförderungsgesetzgebung wurde nicht nach Gebühr berücksichtigt. Als die Baupreise im Frühjahr 1924 stiegen, erschien eine ausreichende Bautätigkeit umso weniger gewährleistet. Die Mieterschutz- und Bauförderungsgesetzgebung bedarf der großzügigsten und planmäßigsten und einer weit aussehenden und langfristigen Regelung. Diese Erwägungen führten zur Verfassung einer Denkschrift über Mieterschutz und Bauförderung. Die aus einer administrativen und einer technischen Abteilung bestehende Beratungskommission in Prag hat seit April 1923 in etwa 1500 Fällen teils administrativ-rechtlicher teils technischer Art betreffend Bauförderung und in vielen anderen einschlägigen Fragen Rat und Auskunft erteilt. Um ihre gemeinnützige und Beratungstätigkeit erfolgreich fortsetzen und ausbauen zu können, wird die gesamte deutsche Bevölkerung ersucht, die deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge durch zahlreichem Beitritt und Anwendung von Beiträgen wirksam zu unterstützen. (Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen 20 Kč, Körperschaften 200 Kč.)

In den Vorstand wurden gewählt: Abg. Schäffl, Obmann, Abg. Hausmann und Prof. Dr. G. Stellvertreter, Dr. Treutl-Buttler Schriftführer, Ing. Wührmann Stellvertreter, Dr. Schöberl Schatzmeister, webers Bürgermeisterstellvertreter Böhl und Regierungsrat Danzels; in den Hauptkommissionen: Abg. Cernak, Kozla, Medner, Schuster, L. A. V. Trenska, Dir. W. W. Bahel (Tura), Wittschke, Prof. Koch, Baumgartner, Weinert, Ploshke, Dr. Dr. Wenzel, Oberrichter, Lorenz, Dr. W. Marek, Baumeister Ing. Kowal und Ing. Koleschek, Prof. Dr. Rauchberg, Prof. Pahr und Ing. Jacoby; Rechnungsprüfer Steuerberater Groh und Direktor Morawek.

Anschließend an die Vollversammlung hielt der Obmann des Reichsverbandes der deutschen Baugenossenschaften Regierungsrat M. Hanszel einen interessanten Vortrag über die Entwicklung des Baugenossenschaftswesens. Selbstverständlich greift das Wort zu den vor-

gebrachten Beschwerden wegen Nichtberücksichtigung einer nachträglichen Ueberprüfung der veranschlagten Baukosten. Es ist zu unterscheiden zwischen den in den Jahren 1919 und 1920 projektierten und späteren Bauten. Erstere stammen aus der Zeit, in der die Baupreise noch nicht genauer bekannt waren; diese Fälle werden günstiger beurteilt und die bei der quantitativen Kollaudierung festgestellten Baukosten zugrundegelegt. Die Beurteilung späterer Bauten der interministeriellen Konferenz zu. Nach der Durchführungsverordnung ist die veranschlagte Baukosten zugrunde zu legen. Stellen sich die tatsächlichen Baukosten niedriger, so wird die staatliche Unterstützung herabgesetzt; stellen sie sich aber höher, so ist eine Erhöhung der Subvention unzulässig. Trotzdem bringen Genossenschaftliche Gesele um Erhöhung der Subvention ein. Für solche Fälle empfiehlt es sich, um quantitative Kollaudierung anzuführen.

Den wichtigsten Gegenstand bilden die Beratungen über die Erneuerung des Baubewegungsgesetzes. Prof. Dr. Rauchberg begründete ausführlich die Stellungnahme der deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge zur Frage der Bauförderung, welche in einer der Regierung vorgelegten, eben im Druck erschienenen Denkschrift niedergelegt ist. Der größte Fehler anherer Bauförderungsgesetzgebung ist ihre Kurzfristigkeit. Wir müssen damit rechnen, daß die Wohnungsnot infolge der fortschreitenden Industrialisierung unserer Volkswirtschaft, die immer mehr Menschen in den Städten zusammendrängt, eine ständige Ursache der Weltkrise auf Wohnungsbau wird. Alle Staaten sind gezwungen, Wohnungspolitik zu treiben. Unsere Wohnungsnot ist daraus entstanden, daß die Baukosten rascher gewachsen sind, als das Einkommen der Wohnungsuchenden. Wie aus der Statistik des Baugenossenschaftsverbandes hervorgeht, betragen die Baukosten derzeit das Achtfache der Friedenspreise. Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung aus staatlichen Mitteln ist die Aufrechterhaltung der Bautätigkeit unmöglich. Aber wir brauchen eine weit aussehende, zierbewußte und langfristige Bau- und Wohnungspolitik. Bauen kostet nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Nicht nur die Bauherren, auch die Bauarbeiter müssen beizutreten wissen, wie sie davon sind und wonach sie zu rechnen haben. Nur bei ständiger Beschäftigung können die Preise ermäßigt, gelehrte Arbeiter herangezogen, technische Fortschritte angewandt, neue Unternehmungen gegründet werden. Die erste Forderung ist aber, daß das neue Bauförderungsgesetz ähnlich wie in England auf eine Reihe von Jahren hinaus stabile Verhältnisse schafft. Die geltende Sätze der staatlichen Baunterstützung dürfen keinesfalls abgemindert werden. Denn die Mieten in den subventionierten Neubauten stellen sich sonst zu hoch und werden für den Großteil der Wohnungsuchenden unerschwinglich. Jeder vorläufige Abbau würde die kaum erwachte Bautätigkeit lahmlegen, eine schwere Krise im Baugewerbe und allen Hilfsgewerben herbeiführen an Arbeitslosenunterstützungen und Steuerabgaben mehr leisten, als an Subventionen erlangt würde und das Wohnungsproblem unabsehbar vergrößern. Daß der Staat imbede ist, die aus der Baunterstützung erwachsende finanzielle Belastung zu tragen, erweist sich aus folgenden Ueberblick: Mit staatlicher Unterstützung wurden bis 30. September 1924 erbaut: 19.778 Gebäude mit 43.376 Wohnungen (129.525 Räume) mit einem anrechenbaren Bauaufwand von 3.327.858.678 Kč. Die Gesamtaufwand der auf diese Häuser anrechenbaren Anleiheverbindlichkeiten beträgt 2.800.884.678 Kč. Dieser hat der Staat garantiert 2.227.843.158 Kč. Durch Vorkauf der Staatsanleihe sind jährlich 143.114.321 Kč 30 h auf 32 Jahre belastet. Zu einem Gesamtaufwande von 334.131.166

Kö leistet der Staat anstatt der Garantie daro 20 Jahre einen Beitrag zu der vom Eigentümer zu leistenden Verzinsung und Tilgung, was einer Belastung von jährlich rund 15,5 Millionen Kč durch 25 Jahre entspricht. Der jährlichen Gesamtbelastung des Staates gleichkommt. Gegenüber einem jährlichen Staatsbudget von rund 17 Milliarden, davon für Heereszwecke allein rund 3 Milliarden entfallen, ist die Belastung infolge der Wohnungsfürsorge ein verschwindender Bruchteil der Staatsausgaben, ganz abgesehen von den Ersparnissen an Arbeitslosenunterstützungen. Redner faßt seine Ausführungen in folgender Entschlieung zusammen:

Der zweite deutsche Wohnungsfürorgetag stellt fest, daß die Wohnungsnot, die in den meisten Städten und Industrieregionen unseres Vaterlandes herrscht, ohne ausgiebige staatliche Bauförderung nicht gehoben werden kann. Da alles, was zur Errichtung von Häusern gehört, in allerer Zeit und Vorrangigkeit bedarf, fordert der Wohnungsfürorgetag, daß die Grundzüge der staatlichen Bauförderung auf eine Reihe von Jahren gesetzlich festgelegt werden. Das Ausmaß der staatlichen Garantien und Subventionen ist auf Grund eines Index der Baukosten der jeweiligen Preislage anzupassen. Hierbei muß mindestens von den Sätzen des Gesetzes vom 7. März 1924, Abg. Nr. 58, ausgegangen werden. Das Verfahren muß vereinfacht und beschleunigt werden. Die gesetzlichen Grundlagen für reichliche Erschließung von Bauland und für wohlfeile Bauweise sind in den neuen Bauordnungen zu schaffen, die nicht länger hinausgeschoben werden dürfen. Die Steuerbegünstigungen für Neubauten sind zumindest im bisherigen Ausmaß aufrecht zu erhalten und zu erweitern durch Befreiung von der Wertzuwachsabgabe und möglichst von Abgaben an die Selbstverwaltungskörper, sowie durch Wiedereinführung der Abschreibungen des Bauaufwandes von der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer und der Erwerbsteuer nach dem 2. Hauptsätze des Personalsteuergesetzes. Um die Baukosten zu erniedrigen, wird die Regierung aufgefordert, auf Preisbindungen und langfristige Tarifverträge im Baugewerbe hinzuwirken.

In der nachfolgenden Rede gab Sektionschef Dr. Kubista eingehende Ausführungen über das Recht des Staates, das sich der Staat im § 61 des Bauförderungsgesetzes im Verordnungswege zu regeln vorbehalten hat. Sektionschef Dr. Kubista erklärte, daß solche Erfordernisse für aus dem Titel der Bürgerpflicht geleistete Leistungen erst dann und nur in dem Maße geltend gemacht werden, als die Mieten in den alten Häusern über die Mieten in den neuen mit staatlicher Bürgerpflicht errichteten Häusern steigen würden. Sonst wären die Bewohner unangerechtfertigt benachteiligt. Die gemeinnützige Bautätigkeit braucht daher die Rechtspflicht nicht zu fürchten. Hierauf wurde die beantragte Entschlieung einstimmig angenommen.

Der nachfolgende Redner Direktor Dr. Franz Wenzel betont das rege Interesse der Sparkassen an der gemeinnützigen Bautätigkeit und Wohnungs-fürsorge. Die bisherigen Quellen der Geldbeschaffung müssen erweitert und den Bedürfnissen und Schwierigkeiten der Geldbeschaffung für das gemeinnützige Bauen muß eingehende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Daß die deutschen Sparkassen sich an der Bereitstellung von Mitteln für die gemeinnützige Bautätigkeit weniger beteiligt haben als sie sich verpflichtet hätten, hat seinen Grund in der geringen Geldflüssigkeit. Die Träger der gemeinnützigen Bautätigkeit müssen mitbedacht werden, damit die gemeinnützigen Volksgeldanlagen in die Lage kommen, die erforderlichen billigen und langfristigen Kredite zu erteilen.

Prof. Dr. Rauchberg stellt fest, daß die Allgemeine Pensionsanstalt der gemeinnützigen Bautätigkeit bisher 17,6 K in Hypotheken und 165,5 Millionen K in Kommunalanleihen, zusammen 323,1 Millionen K zur Verfügung gestellt hat. Aus der vorliegenden Statistik geht hervor, daß die Banken und Sparkassen gegenüber dem Geldbedarf der gemeinnützigen Bautätigkeit sehr zurückhaltend waren und auch die Beteiligung der Waisenkassen eine sehr geringe war. Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage der ersten Hypotheken. Es besteht kein Grund, die neuen Häuser wie vordem bis 50 Prozent in erster Hypothek zu belehnen.

Als Vertreter des durch Krankheit verhinderten Dr. Adolf Damaschke hielt Johann der Geschäftsführer des Bundes deutscher Bodenreformer Dr. Stiller (Berlin) einen interessanten Vortrag über die Bedeutung der Bodenreform für die Lösung des Bodenproblems. Von den drei Faktoren, die für den Wohnungsbau in Betracht kommen: Arbeit, Kapital und Boden wird dem letzteren Faktor zu Unrecht wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Der Boden ist unerschöpflich und unermehrbar. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung steigt die Nachfrage nach Boden, der Boden wird teurer und wirkt mitbestimmend auf die Verteuerung im Wirtschaftsleben. Der Boden darf nicht als Ware behandelt werden, wir brauchen ein anderes modernes Bodenrecht, das dem Charakter des Bodens und den Volksbedürfnissen gerecht wird. Nach einer deutschen Grundbesitzende sieben Prozent der Bevölkerung. Die Verwendung des Bodens muß der Aussicht des Staates unterstellt werden. Mißbrauch mit Grund und Boden zum Schaden der Allgemeinheit muß ausgeschlossen werden. Besonders für die Wohnungsfrage ist die Bodenfrage von größter Bedeutung. Der Zugang zu Grund- und Boden muß billiger gemacht werden. Die Ge-

meinschaft verpflichtet werden, damit sie so viel als möglich Boden zur Siedlungsverbreiterung zu billigen Preisen, Straßen und Verkehrsanlagen bestellen können. Redner verweist auf den Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung, auf das Reichsbauernfütterungsgesetz und die deutsche Erbbauerngesetzgebung. Der Grundgedanke der Heimstättengesetzgebung ist die solidarische Verantwortung der Familie im Boden unter Benützung des altdeutschen Grundgesetzes vom Bodengemeineigentum. Sie bezweckt der Familie eine Wohnstätte: das Einfamilienhaus mit Ruggarten zu geben. Der Gemeinde steht kraft Gesetzes das Wiederkaufrecht und bei Verstoß gegen die Angelegenheiten ein Heimfallsrecht zu. Durch geeignete bodenreformatorische Bindungen, durch ein modernes Bodenrecht wird gemeinnütziges Bauen bedeutend unterstützt werden.

Hierauf schließt der Obmann mit Dankesworten und mit der Aufforderung, die gemeinnützigen Bestrebungen der Deutschen Hauptstelle zu unterstützen, die Tagung.

**Volkswirtschaft.**

**Höhere Löhne in der Landwirtschaft.**

Die anhaltende Teuerung zwingt die Arbeiter Lohnerhöhungen zu fordern. Auch die Landwirtschaft mußte dies tun. Im Landesbeirat für Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft wurde ein Antrag auf Lohnerhöhung gestellt. So wie die Industriellen haben auch die Agrarier zuerst eine Erhöhung der Löhne abgelehnt. Sie meinten, daß die Teuerung nicht zu schuldig ist und auszuhalten sei. Es ist gar kein Zweifel darüber, daß die Herren Agrarier die Teuerung aushalten. Sie haben bisher noch keine Not gelitten und werden sie auch in Zukunft nicht leiden. Der Landarbeiter jedoch kann seine Lebensweise nicht noch weiter einschränken. Es sah so aus, als ob zwischen Industrie und Landwirtschaft die Vereinbarung bestand keine Lohnerhöhung zu bewilligen. In letzter Stunde aber es sich die Agrarier überlegt und sich bereit erklärt, über die geforderte Lohnerhöhung zu verhandeln. Bei den dann im Subkomitee gepflogenen Verhandlungen gaben einige Vertreter der Unternehmer die Erklärung ab, daß sie einer Lohnerhöhung nicht zustimmen können. Nach einer Beratung haben die Unternehmer den Vorschlag einer zehnjährigen Lohnerhöhung gemacht und zugleich erklärt, daß sie mehr absolut nicht bewilligen können. Im Landesbeirat haben die Vertreter der Arbeiter versucht, ein größeres Zugeständnis zu erzielen. Leider war eine weitere Erhöhung nicht zu erreichen. Es ist dann auf dieser Grundlage eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die folgenden Wortlaut hat:

Im Sinne des § 19 Punkt 2 der für das Jahr 1924 gültigen Richtlinien für die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse des Getreides und der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft in Böhmen hat der Landesbeirat für Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Zusätzliche Basislöhne sowohl der Deputatisten als auch der Tagelöhner, mit Ausschluß der Akkordlöhne werden mit 1. November 1924 bis zum Schlusse des Vertragsjahres um zehn Prozent erhöht.“

Sind in einem Bezirke oder auf einem Objekte höhere als die für das betreffende Gebiet durch die Richtlinien festgesetzten Löhne vereinbart, oder werden dort bestimmte Naturalbegünstigungen über den Rahmen der Richtlinien gewährt, wird der obige Beitrag nur in dem Maße ausgesetzt, sofern der Lohn die durch die Richtlinien festgesetzten Normsätze, um 10 Prozent erhöht, nicht übersteigt.

Ueber allfällige aus der vorstehenden Bestimmung entstandenen Streitfälle entscheidet die paritätische Landeskommission für landwirtschaftliche Arbeit, sofern der Streit nicht endgültig durch die zuständige paritätische Bezirkskommission entschieden wurde.

Dieser Erfolg, den die Organisation erzielen konnte, zeigt wie notwendig die Gewerkschaft ist. Nur in zähen Ringen ist dieses Zugeständnis den Arbeitgebern abgerungen worden. Es ist dies heuer der vierte Erfolg, den die Arbeiter durch die Gewerkschaft errungen haben. Die Frühlingskrisen in der Landwirtschaft wurden um 25 Prozent erhöht. Auch die Erntepremien waren höher als im Vorjahr und kamen allen Arbeitern zugute, während früher nur die unmittelbar bei der Ernte beschäftigten Arbeiter eine Prämie bekamen. Die bei der Kartoffelernte beschäftigten Arbeiter erhalten für diese Zeit ebenfalls einen Zuschlag zum Stundenlohn. Die Tagelöhner erhalten nunmehr die Prämienartoffeln entweder in Natura oder reinert zum Marktpreis. Bei einer bestimmten Anzahl abgearbeiteter Tage erhalten sie 20 bzw. 30 Kilogramm Getreide unentgeltlich. Die Akkordlöhne für die Rübenanbauung sind ebenfalls um 33 Prozent erhöht worden. Jetzt kommt die Lohnerhöhung dazu. Es kann also ruhig gesagt werden, daß die Organisation der Arbeiter erfüllt hat. In mühseliger Arbeit sind wir Schritt um Schritt vorwärts gekommen. Diese Erfolge müssen für die Landarbeiter ein Ansporn zu neuer Organisationsarbeit sein. Viele Landproletarier sehen uns noch fern, diese gilt es zu werden und einzugliedern in unsere Kampfreihen. Je stärker und mächtiger wir sind, desto größer werden unsere Erfolge sein. Wenn die Arbeiter fest zusammenhalten und ihre Waffe im Wirtschaftskampf weiterhin stärken, wird es auch in Zukunft möglich sein, noch weitere Siege zu erringen.

### Eine Probe rot-revolutionärer Erziehung von Zahnbelagungen.

In der Zeitschrift „Nisoboc“ vom 28. v. M. lesen wir folgendes: In den Verhandlungen bei der Firma Bader Bernas in Pilsen beteiligte sich außer dem Sekretär der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale Ben. Prazel und des tschechischen Sozialisten J. Neuman, auch der kommunistische Sekretär J. Zekel. Vor Eröffnung der Verhandlungen ließ der kommunistische Sekretär einen Brief fallen, der folgenden Wortlaut hatte:

„Es muß unter allen Umständen verhindert werden, denn das Interesse der Organisation erfordert es, freilich die Sache nicht zum Streit, denn der Verband hat kein Geld und könnte keinen Streit unterstützen. Für den Holzarbeiter-Verband Jaroslav Kratky.“

Der Fabrikant hob den Brief auf, las ihn und legte ihn auf den Tisch, bei welchem verhandelt werden sollte. Aber der kommunistische Arbeitervertreter, Sekretär Zekel, warf den Brief von neuem dem Fabrikanten zu Füßen, welcher den Brief des Hauptsekretärs des kommunistischen Holzarbeiter-Verbandes Kratky neuerdings aufhob und einsteckte. Die Verhandlungen fielen selbstverständlich für die Arbeiter nicht gut aus. Der Fabrikant zögerte nicht, den Brief des Sekretärs des kommunistischen Verbandes der Holzarbeiter Kratky zu vervielfältigen und seinen Bekannten, dem Unternehmer-Verbande usw. einzusenden. Ueber dieses Vorgehen des kommunistischen Sekretärs kann sich jeder selbst ein Urteil bilden und die Handlungsweise der „tovarnik“ durchschauen, welche so mit den Lebensinteressen der Arbeiterschaft hazardieren. Wir hoffen, daß die enttäuschte Mitgliedschaft des kommunistischen Holzarbeiter-Verbandes, der auf kommunistischen Befehl aus Moskau mit den chemischen Arbeitern vereinigt werden soll, aus diesem Vorgehen die entsprechenden Folgen ziehen wird und daß sie die beiden genannten kommunistischen Sekretäre zur Verantwortung zwingt.

Die Zentrale der tschechoslowakischen Handels- und Gewerkschaften in Prag hat am 10. Oktober eine Sitzung ihres handelspolitischen Ausschusses bei Anwesenheit der Vertreter des Handelsministeriums abgehalten. In der Sitzung wurde über die Schritte der Kammerzentrale zum Zwecke einer beschleunigten Gewährung des handelspolitischen Ermäßigungsgesetzes berichtet, wobei neuerlich die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, dieses Ermäßigungsgesetz mit allen Kräften anzustreben, da, wenn es nicht möglich wäre, die Vereinbarung eines Handelsvertrages jeweils binnen kurzem in Kraft treten zu lassen, die Gefahr bestünde, daß unsere Ausfuhr in den fremden Staaten (wie beispielsweise gegenwärtig in Österreich) durch die dortigen hohen Zölle gedrosselt wird. — Es wurde beschlossen, daß die Zentrale an den zuständigen Stellen vom neuem einschreite, damit ein Gesetz über die zollfreie Einfuhr von im Inlande nicht erzeugten Maschinen, und zwar mit rückwirkender Gültigkeit ab 1. Januar 1923 herausgegeben werde. Die Kammerzentrale sammelt Material für eine Reform der monatlichen Publikationen des Statistischen Staatsamtes über die Statistik unseres Außenhandels. Das Einschreiten der Zentrale wegen Aufhebung der ein halbes Prozent betragenden Gebühr bei der Mehlausfuhr aus der Tschechoslowakei wurde genehmigt. Es wurde auch beschlossen, daß die Zentrale eine Sammlung der im Ausland für die Einfuhr der tschechoslowakischen Waren geltenden Vorschriften in den einzelnen Staaten und ferner eine Sammlung der in den verschiedenen Staaten geltenden Vorschriften für die Handelsreisenden herausgebe. Ueber die Vorbereitungen und den Stand der Erhebungen zum Behufe des Handelsvertrages mit Ungarn wurde Bericht erstattet. Die Zentrale hat bereits den allgemeinen Teil ihrer Äußerung vorgelegt, in welchem sie erklart, daß mit Ungarn ein Vertrag auf Grund der Meistbegünstigung abgeschlossen werden sollte, wobei sie die Wünsche einiger Industriezweige wegen Einführung eines besonderen Vorzugsregimes nach Art. 205 des Vertrages von Trianon ausführt. Die Kammerzentrale machte auf die bedeutende Höhe vieler ungarischer Zölle aufmerksam. Die Prohibitivcharakter haben. Ferner wurde um die Einführung der faktischen Einfuhrfreiheit zwischen den beiden Staaten, um eine Garantie gegen Devisenvorschriften, welche den Handel schädigen könnten, um eine Aenderung der gegenwärtigen Umfassenpraxis in Ungarn, wo die durch Vertreter ausländischer Firmen verkaufte fremde Ware eigentlich doppelt besteuert wird, erklart, und die Notwendigkeit betont, einen Meistbegünstigungsvertrag mit Ungarn zu schließen, welcher den Handelsvertrag unerlässlich ergänzen muß.

### Kleine Chronik.

#### Das Schwindelgefühl.

Wir verstehen unter Schwindel ein Lustigefühl auf Grund einer Unregelmäßigkeit oder beschränkten Störung des körperlichen Gleichgewichts. Man weiß, daß das Gleichgewicht von der Unverletztheit des Gleichgewichts und des Ohrlabirinth, eines Teiles des inneren Ohrs — wie auch der nervösen Bahnen, die beide untereinander und mit dem Großhirn verbunden, im wesentlichen abhängig ist. Wir unterscheiden nun Schwindel, bei dem sich die Umgebung horizontal oder vertikal zu drehen scheint, und eine andere Form, bei der die Scheinbewegungen in keine bestimmten Richtung wahrgenommen werden.

Bei Sekunden, die auf einem Dreh- oder Schwenkstuhl sitzen, können durch Rotation heftige Schwindelgefühle ausgelöst werden, ebenso wenn man durch den Kopf galvanischen Strom hindurchleitet. Gleichzeitig pflegt dabei Augenstimmeln aufzutreten.

Der Schwindel ist keine Krankheit für sich, sondern ist nur ein Zeichen eines Grundleidens. Ganz besonders häufig finden wir ihn bei der Neurasthenie und Hysterie, bei der sich die Anfälle oft wiederholen — meist leicht, oder auch in schwerer Form einhergehend mit Schweißausbrüchen, Schwindel, Erbrechen, Blähwerden und kaltem Schweiß. Derartige Schwindel, der gewöhnlich plötzlich einsetzt, bezeichnet man als Menière'sche Krankheit, die mit Vorliebe bei Ohrenleiden (Entzündung des mittleren und inneren Ohrs) auftritt. Dieser Karussellschwindel, wie man ihn auch nennt, kann sich bis zum Einstürzen steigern, ohne daß aber das Bewußtsein getrübt wird.

Bei nervösen Menschen führt schon die Angst vor einem Schwindelanfall sehr leicht zu ausgesprochenen Schwindelgefühlen, besonders in bestimmten Situationen, so beim Stehen in der Öffentlichkeit, im Theater auf der Galerie usw. Diese Form des Schwindels steht dem bekannten Höhenwindel sehr nahe, der durch das Gefühl der Unsicherheit, durch Schwäche in den Füßen und allgemeine Erschöpfung gekennzeichnet ist. Er findet sich mit ganz geringen Ausnahmen wohl bei fast allen Menschen, besonders beim Blick in die Tiefe, während Neurastheniker und überempfindliche Personen schon bei ganz harmlosen Situationen anfangen, an Schwindelgefühlen zu leiden. Der Höhenwindel ist selbst bedingt und kann somit durch Selbstbeeinträchtigung, durch Zugabe übermüden werden. Menschen, die sehr zu Höhenwindel neigen, bekommen auch bei Karussellschwenken, beim Schaukeln, bei Eisenbahn- und Schiffahrten leicht Schwindelanfälle.

Neben bei der Neurasthenie kommt Schwindel meist in leichter und mittlerer Form bei Epilepsie (Halluzin), Migräne und bei einer Reihe organischer Gehirnkrankungen vor. Vielfach tritt er auch zu Beginn oder im Fortschreiten ansteigender Krankheiten gemeinsam mit Kopfschmerz auf. Bekannt ist weiterhin der Drehtisch bei Alkoholvergiftung. Auch andere Gifte wie Nikotin, Coffein, Blei, Morphium, Chinin usw. rufen häufig Schwindelanfälle hervor, wie denn auch jede Art Ohnmacht von Schwindelgefühlen begleitet zu sein pflegt.

Eine häufige Form des Schwindels ist weiterhin der reflektorische Magenwindel bei allen Arten von Magenleiden. Auch Darmleiden (Bandwürmer, Verstopfung) können recht unangenehme Schwindelgefühle mit sich bringen. Die Bedeutung des Schwindels hängt in jedem einzelnen Falle natürlich von dem Grundleiden ab. Nervös und reflektorischer Schwindel ist im allgemeinen nicht tragisch zu nehmen, wesentlich ärztlicher dagegen anhaltender Schwindel bei Arteriosklerose und organischem Gehirnleiden. In allen erstgenannten Fällen suche man den Ohrenarzt auf, um ein eventuell zugrunde liegendes Ohrenleiden behandeln zu lassen. Gegen die Menière'sche Krankheit wird eine Reihe von Mitteln wie Chinin, Brom, Jod, Arsen in kleinen Dosen als erfolgreich empfohlen. Empfindliche Personen müssen den Genuß von Alkohol, Nikotin und Kaffee unbedingt unterlassen. Bei allen Formen des nervösen Schwindels wird vom Arzt eine geistliche Behandlung eingeleitet werden. Daß Personen, die zu Schwindelanfällen neigen, keine Arbeiten auf Gehirnen und dergleichen ausführen dürfen, versteht sich wohl von selbst.

Dr. Rosbacher.

Die Schnelligkeit der Tiere. In Utah in Nordamerika hat man vor einiger Zeit Versuche angestellt, um die Schnelligkeit der Tiere zu messen. Man hat Tiere eingesperrt und sie in einer sehr weiten flachen Ebene losgelassen. Durch bereitgestellte Automobile wurden dann die Tiere verfolgt. Die größte Geschwindigkeit erreichte eine Antilope. Sie lief mit einer Geschwindigkeit von 101 Kilometer die Stunde. Das Elefantier machte 83 Kilometer in der Stunde, der Wolf 61 Kilometer. Doch ließ bei allen Tieren die Anfangsgeschwindigkeit sehr bald nach, zum Teil um 50 Prozent. Nur der Wolf behielt die Anfangsgeschwindigkeit längere Zeit hindurch bei. Auch Vögel hat man durch Flugzeuge verfolgen lassen. Eine Wildente flog 80 Kilometer, ein Adler 74 Kilometer in der Stunde. Natürlich hängt die Geschwindigkeit der Vögel wesentlich vom Winde ab. Bei entgegenstehendem Wind ergaben sich sehr viel geringere Stundenleistungen. Zum Vergleich sei angeführt, daß ein Rennpferd etwa 50 Kilometer in der Stunde macht.

### Literatur.

#### Kalender für Kleinlandwirte 1925.

Der vom Zentralverband deutscher Kleinbauern und Gärtner, Sitz Leptitz-Zähonau, Seilerstraße 1/2 seit einigen Jahren herausgegebene, vom Abg. Gen. Schweichhart in Rodenbach redigierte „Kalender für Kleinlandwirte“ ist wieder erschienen. Der im grünen Umschlag gefasste, typographisch auf beste angelegte Kalender erfüllt nach jeder Richtung die ihm zugedachte Aufgabe. Der Inhalt ist überaus reichhaltig. Jeder Artikel, jede Notiz, jedes Bild hat Bezug auf das Landleben und speziellen Interessen der Kleinlandwirte. Unter den 50 Illustrationen, welche den Kalender schmücken, befinden sich neben Wiedergaben hervorragender Kunstwerke, besonders viele, die sachlichen Abhandlungen sowie der Jahresrückschau beigegeben sind. Der Kalender unterrichtet u. a. seine Leser über die Kämpfe um Grund und Boden in früheren Zeiten, schildert, woher die heutigen Erntegeräthe stammen, widmet dem Bauernphilosophen Konrad Dübner Worte des Bedenkens, bringt neben einigen größeren fesselnden Erzählungen eine ganze Reihe kürzerer Notizen wissenschaftlichen und belehrenden Inhalts, bietet dem praktischen Landwirt eine Fülle wertvoller Anregungen, behandelt Viehverzehrungs- und Steuerfragen sowie neuerlichene Gesetze, vergißt nicht, den Frauen Wink inbezug auf die Kindererziehung zu

geben und enthält auch eine durchaus gelungene Witzede. Dem Kalendarium sind Notizblätter zu täglichen Aufzeichnungen angehängt; der 162 Seiten zählende Kalender enthält auch ein umfangreiches Verzeichnis der Jahrmärkte in Böhmen, Mähren und Schlesien. Der wachsende Zusatzen teil zeigt, daß der Kalender für Kleinlandwirte sich mit Erfolg eingeführt hat, was auch die von Jahr zu Jahr steigende Auflage beweist. Der Preis des wirklich empfehlenswerten Kalenders beträgt nur 7 K ohne Postporto. Da erfahrungsgemäß die Auflage bald vergriffen ist, erscheint rasche Bestellung ratsam.

Leopold Weiß: Unromantisches Morgenland (Frankfurter Societätsbruderei G. m. b. H.) Schon die ersten Seiten des Buches überzeugen uns davon, daß hier tatsächlich kein Romantiker im üblichen Sinne am Werke ist. Weiß ist Gegenwartsromaniker und verliert den Sinn für die weite Wirklichkeit auch im leuchtenden Orient nicht. Sein scharfer Blick läßt sich durch nichts blenden, er dringt durch die bunten Vorhänge, die den wahren Orient verhüllen, durch den Lärm der Bazar wie durch den scheinbaren Frieden galiläischer Dörfer, durch die mondverklärte Romantik der Gassen Kairo wie durch die heiße Atmosphäre der Tagespolitik in Jerusalem. Seltener hat ein Jude den Bionismus so sachlich und ruhig beurteilt, dessen vorläufige Wirksamkeit, gemessen an dem lebendigen Antrieb der arabischen Bewegung, klar erkannt wird. Der Verfasser hat mit Liebe und Interesse die verschiedenen Typen der großen orientalischen Völkerverwandtschaft studiert, er hat mit Juden, Arabern und Parzen, mit Ägyptern und Syrern zu Tisch geessen und in ihren Worten und Gebarden die Sprache ihrer Seelen gelesen. Das Reisetagebuch mit seinen politischen und literarischen Skizzen liest sich spannend wie ein Roman. Das Milieu tritt plastisch aus den Zeilen heraus und es bedürfte der vielen guten Lichtbilder nicht, um das Morgenland in seiner Romantik und Realität anschaulich zu machen. Der Stil des Buches ist Hermann Wendel entliehen.

Hans Müller: Führer und Volk in der Jugendbewegung (Eugen Diederichs Verlag, Jena, 1924). Bisher's Polemik gegen diejenigen, die heute in der Jugendbewegung führen, ohne Führer zu sein, ist nur ein Ausdruck der Krise in der bürgerlichen Jugendbewegung. „Man täusche sich nicht: in jene freigemühten Gesichter ist der Geist der Erde bereits eingedrungen; und wenn nicht ein neuer Führer für unendlich viele die Bildung eines ganz neuen jugendlichen „Hilfsdienstes.“ Die bürgerliche Jugendbewegung ist glücklich da angelangt, wo sie, als sie auf den Schritt ins Lager der tätigen Revolution verzichtete, anfangen mußte, sie wird hoffähig, orientiert in Vereinsmeierei aus und eines der Verfallszeichen ist eben auch der Mangel an Führern. Bisher glaubt an die Macht des Führers und wartet auf den, der zum zweitenmal, wie vor zwei Jahrzehnten Karl Fischer die Jugend erweckt. In Wahrheit ist es doch wohl so, daß die Bewegung den Führer macht. Ist sie da, dann kommt er von selbst. Die Jugendbewegung, die ausgesprochene, revolutionäre Phänomene zu sein, kann keinen Führer mehr zugeben. Wir teilen auch nicht Bisher's Glauben an die Führerrolle: Bueckens. Der Wunden im letzten Jahre sprechen für die Notwendigkeit der „Grünen Jahre“ empfunden hat, wird auch die Führerschaft dieses Mannes nicht mehr zählen. So sehr wir Bueckens als Pädagogen achten, so wenig halten wir ihn für einen, aus den Schladern des Wandervogels noch einmal den zündenden Funken zu wecken. Bisher's Schrift ist Kritik und Symptom einer Krise zugleich.

### Runk und Wissen.

Arbeitervorstellung. „Wer weint um Juden a?“ Vorstellung des Vereines deutscher Arbeiter in der Kleinen Bühne am Montag, den 20. Oktober um halb 8 Uhr abends. Karten bei Optiker Deutsch, Graben 25. Preis 8 bis 15 K.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch „Ariade auf Naxos“; morgen Donnerstag „Die Bajabere“; — Freitag „Zar und Zimmermann“; — Samstag, Premiere „Paluto“; — Sonntag, nachm. halb 3 Uhr „Der Ruch“; — Abends, Premiere „Gräfin Mariza“; — Montag, neuinszeniert „Emilie Galotti“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch, Gastspiel Kramer, Premiere: „Der Illusionist“; — Donnerstag „Prozess Sunterhart“; — Freitag, Gastspiel Kramer „Der Illusionist“; — Samstag „Der Fürst von Happersheim“; — Sonntag, nachm. 3 Uhr „Die deutschen Kleinstädter“; — Abends, Gastspiel Kramer „Der Illusionist“.

### Der Film.

Die Dame vom Maxim. (Lido-Sto.) Ein französischer Film, ein Lustspiel, wie es sein soll. Die Darsteller gestalten ihre Rolle so natürlich, daß man sie ihnen unwillkürlich glaubt und das Spiel für eigentliches Erleben der Schauspieler hält. Der Film ist aufgebaut auf der Tatsache, daß ein Ehepaar von einem Ausflug ins Maxim mit einer Dame von dort in seine Wohnung zurückkehrt. Aus der Sache ergeben sich nun die lustigsten Situationen und Verwicklungen, die Handlung ist gut geföhrt und vor allem — der Hauptreiz des Filmes ist das meisterhafte Spiel der beiden Hauptdarsteller. Es wird nicht unnötig hin und hergezogen und ins Publikum toskettiert, sondern man gibt sich ganz natürlich, gar nicht, als ob die Schauspieler den Filmapparat auf sich gerichtet sähen, was ja bei den meisten amerikanischen und deutschen Filmen gerade bei den Frauen unangenehm auffällt. Besonders originelle Ideen werden in dem Film ja nicht verworfen, aber er ist von überwältigender Romik und man freut sich, ihn gesehen zu haben.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

390 K kostet ein Damen-Kostüm aus feinem Tuch, ganz auf Protok-Kloß gearbeitet, mit Woll-Einlage (Passon Tonio) bei Wusch, Damen- und Paffisch-Konfektion en gros und en detail, Prag, Pfitoy 27 (Mitte des Grabens), Großer Posar — nur 1. Stock. Keine Schaufenster! 2965

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar. 1233

Amerikanische Dauerbrandöfen und Kamine. AMERICAN HEATING A.G. PRAG TEL. 3428 NARODNI TR. 33.

### Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Karlsbad. Sonntag trat im Arbeiterheim in Nirohlan die ordentliche Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation Karlsbad zusammen. Vertreten waren 29 Lokalorganisationen durch 101 Delegierte, ferner waren anwesend 14 Mitglieder der Bezirksvertretung, ein Delegierter der Kreisvertretung, 36 Vertreter der delegiertenberechtigten Organisationen und zehn Gäste. Insgesamt waren 162 Genossinnen und Genossen anwesend. Genosse Hein eröffnete die Konferenz und besprach vor Eingang in die Tagesordnung den Kampf der Keramarbeiter, den die gesamte Arbeiterschaft, besonders des Karlsbader Bezirkes, mit größtem Interesse verfolgt. Die Konferenz nahm eine Sympathiebekundung einstimmig an. Genosse Jink als Vertreter der Keramarbeiter dankte der Konferenz für die Anteilnahme und schied dann ausführlich die Ursachen und die einzelnen Phasen des Kampfes, der der größte ist, den die Porzellanarbeiter bisher überhaupt geführt haben. Unter dem Beisitz der Delegierten konstituierte Genosse Jink, daß die Porzellanarbeiter in vollster Disziplin und in größter Siegeszuversicht ihren Kampf führen. Der Bericht lag den Delegierten in einem 14 Seiten starken Heft gedruckt vor. In ihm spiegelt sich die Hölle der Arbeit, die im abgelaufenen Jahre geleistet wurde, wider. Genosse Sacher erläuterte den Bericht, wobei er besonders darauf verwies, daß der durch die Werbaktion im Mai erzielte Mitgliederzuwachs in den Kassengiffern noch nicht zum Ausdruck kommt. Als überaus wichtig bezeichnete Genosse Sacher die Erfassung der Zwanzig- bis Dreißigjährigen. Genosse Horn konstituierte zunächst die extremste Tatsache, daß die kommunistische Zerstückelungsarbeit an unserer Organisation im Bezirke Karlsbad vorübergegangen ist, ohne Schaden zu stiften. Unsere Organisationen sind intakt, die Mitgliederzahl ist gestiegen. Nun müssen wir uns unserer eigentlichen Arbeit, der Erziehung und Schulung der Massen, zuwenden. Er besprach nun den Antrag Stern wegen Einführung der Bildungssteuer und empfahl allen Vertrauensleuten, den Antrag jetzt schon in den Organisationen zu diskutieren, auf seine Bedeutung hinzuweisen und die Mitgliedschaft dafür zu gewinnen. — Nach einer lebhaften Debatte stellte Genosse Sacher folgenden Antrag:

Die Bezirkskonferenz nimmt die Berichterstattung über die Einführung eines Beitrages von 50 Heller im Monat für Bildungszwecke zur Kenntnis. Die Delegierten sind mit der Einführung, im Prinzip einverstanden und werden alles tun, um die Mitgliedschaft für diese Neueinführung zu gewinnen. Sie verlangen jedoch, daß der Parteivorstand alles unternimmt, um mit Gewerkschaft, Genossenschaft, Kinderfreunde und Jugend zu einer einheitlichen Bildungsorganisation und Beitragsleistung zu kommen.

Die Vertreter der Lokalorganisation Karlsbad, die im Auftrage ihrer Organisation gegen die Einführung einer Bildungssteuer auftraten, stellten nun den einschränkenden Zusatzantrag, den Antrag Sacher dahin zu ergänzen, daß die Bildungssteuer dann einzuführen sei, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gegeben seien. Ueber den Zusatzantrag wurde zuerst abgestimmt, der die Mehrheit der Stimmen erhielt. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Die politische und wirtschaftliche Lage“, sprach Genosse Eugen de Wittie. Bei den Neuwahlen wurde Genosse Dominik Löw zum Bezirksvertrauensmann gewählt. Zum Schluß wurde noch eine Entschädigung gegen den Wohnungsbau u. c. r. angenommen.

### Bereitet den „Sozialdemokrat...“

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cernan. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: S. Solih.



werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.